

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Angie! Wir kommen!



Foto: Nürnberger

GAP

Die Berücksichtigung der Arbeitskräfte bei den Direktzahlungen fördert je nach Berechnungsmodell andere Betriebsstrukturen. Ein Projekt vergleicht die Vor- und Nachteile der einzelnen Ansätze. Die AbL-Position erläutert der Vorsitzende im Interview. Seite 12/13

Tierhaltung

Ringeln um höhere Ferkelpreise – die Zukunft von Neuland im Spannungsfeld verschiedener Interessen. Schwänze kupieren – Es gibt ein Tierschutzgesetz, das es nur im Einzelfall erlaubt. Trotzdem ist es gängige Praxis. Auf den Seiten 5 und 16

AbL-Bayern

Aktive Bäuerinnen und Bauern kämpfen gemeinsam im AbL-Landesverband Bayern für eine bäuerliche, gentechnikfreie und vielfältige Landwirtschaft. Jetzt feiern sie ihr zehnjähriges Bestehen. Seite 8



Die Seite 3

Im Stresstest zwischen Atom- und Gentechnik3

Agrarpolitik

Neuer Wind in Stuttgart und Mainz4

Bewegung

Neuland wohin fährst du?.....5

10 Jahre Abl-Bayern 8

Milch

EU-Milchpolitik in Diskussion 6

Rauchschwaden vor dem EU-Parlament7

Milcherzeuger entscheiden über Molkereifusion.....7

Agrogas

Der Rahmen muss stimmen bei Agrogas10

Regierung übergibt Bioenergieerzeugung an Konzerne ... 11

Schwerpunkt

Dass wir unser Ziel erreichen, ist entscheidend12

Direktzahlungen sozial gerechter gestalten.....13

Aus fernen Ländern

Der Preis der Sojabohne.....14

Nachbau

Qualitätssicherung tarnt Strukturbereinigung.....15

Nachbaugebühren erneut beim EuGH 17

Hofportrait

Bäuerliche Marktmacht mal ganz anders.18

Gentechnik

Dalli sieht nur Vorteile.19

Weitere Themen

Zu Besuch bei Johannes Deventer und Josef Lirsch, Seite 9; Ein Bauer erzählt, Seite 19; Lesen, Seite 21, Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Impressum

b *unabhängige*
auernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Christiane Hinck: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520
Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)
Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertiebsstück 1 K 12858E

Inhaltsverzeichnis

Wer hat sie nicht, die Kindheitserinnerungen an die vielen Mahnungen der Mutter: „Finger weg, der Herd ist heiß!“ Und trotzdem haben wir uns alle die Finger verbrannt – eigene Erfahrung prägt wesentlich stärker als mahnende Worte.

So scheint das auch bei vielen PolitikerInnen zu sein. All die vielen und Jahre langen Mahnungen zur Problematik der Atomkraft wurden in den Wind geschlagen. Selbst Tschernobyl war nicht eindrücklich genug. Erst das in jeder Hinsicht katastrophale Ereignis in Fukushima bringt Bewegung in die Politik – ob das auch gepaart ist mit Einsicht sei dahingestellt.

Doch wir können nicht bei allen Zukunftsproblemen auf eigene Erfahrung oder Naturkatastrophen warten. Gentechnikfelder explodieren nicht plötzlich, auch gigantische Mastställe oder die vielen aufgegebenen Höfe nicht. Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt, Bodenerosion, Humusabbau, Verlust von Arbeitsplätzen... das sind schleichende Prozesse, genauso wie wachsende Armut, Hunger oder zunehmende Fehlernährungen.

Doch zum Erwachsenwerden gehört vorausschauendes Denken, auch das Lernen aus den Erfahrungen Anderer und das Übertragen gemachter Erfahrungen auf andere Situationen – das gilt ganz besonders in der Politik.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass wir mit der industriellen Ausrichtung der Landwirtschaft nicht weiter kommen. Dass nicht nur der Ernte-



Kommentar

Kreativ und bunt: Für eine bessere Agrarpolitik

ertrag pro Hektar der Maßstab sein kann. Es zählen alle Auswirkungen, die diese Ernte, die ihre Verarbeitung und der Handel, bis zu ihrer Verwendung verursachen.

Zukunftsfähige Konzepte müssen Umwelt-, Klima- oder Tierschutz genau so berücksichtigen, wie eine gesunde, rückstandsfreie Ernährung und nicht zuletzt die Entwicklung einer flächendeckenden Landwirtschaft, um in allen Regionen weltweit das tägliche Brot zu sichern. Ein arbeitsteiliges Spartendenken, das den Blick für das Ganze verloren hat, wird diesen Anforderungen nicht gerecht.

Bäuerliche Landwirtschaft erfüllt in ihrer Vielfältigkeit ein breites Spektrum an Aufgaben in den Dörfern, im ländlichen Raum – Multifunktionalität ist hier das Stichwort. Nicht nostalgisch verklärt oder zurückgeworfen in die 50er Jahre – mit dunklen, miefigen Ställen und Holzpflug, wie so mancherorts gespottet wird.

Nein, auch bäuerliche Landwirtschaft steht in einem ständigen Entwicklungsprozess, ist modern und innovativ. Aber immer vor dem Hintergrund, generationen- und ressourcenverträglich zu wirtschaften und nicht mit dem Ziel der kurzfristigen Gewinnmaximierung. Die bäuerliche Wirtschaftsweise hat sich immer an die Gegebenheiten und die jeweiligen Notwendigkeiten vor Ort angepasst. Und genau in dieser Flexibilität liegt ihre Kraft und ihre Zukunftsfähigkeit.

Wir stehen mitten in den Diskussionen und Verhandlungen zur GAP 2013. Noch können sich viele EntscheidungsträgerInnen vom alten Dogma des „Wachsens oder Weichens“ genau so wenig lösen wie von dem Glauben an permanente Ertragssteigerungen und liberalisierte Märkte.

Eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik ist notwendig! Wir haben die große Chance, eine Abkehr der Förderung einer industriellen Land- und Ernährungswirtschaft einzuleiten. Hin zu einer vielfältigen und unabhängigen Landwirtschaft.

Dafür müssen wir uns alle gemeinsam auf den Weg machen. Es liegt an uns, an der Zivilgesellschaft, von der Politik Veränderungen zum Wohle aller einzufordern. Damit die Mahnungen eindrücklicher werden, macht sich die jAbL auf den Weg! Ganz praktisch, mit Schleppern, Fahrrädern, mit vielen Veranstaltungen und Begegnungen, auf verschiedenen Routen durch ganz Deutschland. Kreativ und bunt werden sie unsere Botschaften und gemeinsamen Forderungen nach Berlin tragen.

Wir alle sind gefordert, uns anzuschließen, um für eine bessere Agrarpolitik zu kämpfen.

Maria Heubuch,

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Im Stresstest zwischen Atom- und Gentechnik

Risikotechnologien gefährden Jahrhunderte alte Entwicklungen zugunsten einseitiger Monopolinteressen

Mit der Globalisierung der Wirtschaftsprozesse sind die Möglichkeiten für die Existenz relativ eigenständiger Länder und Regionen endgültig geschwunden. Alle Zusammenhänge sind der Eigendynamik der neoliberalen Märkte unterworfen. Das gilt auch für die landwirtschaftlichen Anbaugelände, die in Zukunft – entgegen dieser Tendenz – als stabilisierende Ausgleichsgebiete in einer deregulierten und überbevölkerten Welt gefragt sein werden. Es ist allerdings ganz offen, ob die landwirtschaftlichen Anbaugelände überhaupt noch die Chance des Eintritts in diese global ökosystemare Aufgabe bekommen werden. Die Krisenentwicklungen laufen schneller: Klimakatastrophe, chemo-technische Überfremdung und Zerstörung der landwirtschaftlichen Nutzgebiete, weltweite Verseuchung der

Beispiel der Risikoformel (Eintrittswahrscheinlichkeit x Schadensumfang) das Eintreten von großen Kernschmelzunfällen voraussagen. Inzwischen gibt es eine ganze Kette solcher Ereignisse, die mit Tschernobyl und Fukushima furchtbare Höhepunkte erreichten. Durch einmalige Unfallgroßereignisse sind räumlich weitgreifende Infrastrukturen auf Dauer tödlich belastet. Zudem ist die Entsorgung der wachsenden Atommülllawine ungelöst. Und dennoch: Dank der Vorarbeit durch kritische Bürger und Wissenschaft verfügen wir heute über eine Alternative: Energiesparen (Effizienzsteigerung) plus erneuerbare Energien.

Bei der grünen Gentechnik haben wir eine völlig andere, aber um nichts weniger gefährliche Situation. Hier geht es um den vielfältigen Eintrag von Fremdgenen in

flussbereich der grünen Gentechnik ist das evolutionsbiologische Argument von besonderer Bedeutung. Die bewährte Züchtungspraxis in der Landwirtschaft hat immer an die jahrmillionenlange Variationsdynamik des Evolutionsprozesses angeknüpft. Stabile Optimierung im natürlichen und züchterischen Bereich verdankt sich immer dem Zusammenspiel vieler Akteure im Wechsel von Konkurrenz und Symbiose. Die Sprengung dieser bewährten Regulationssysteme durch chemotechnische Monopolinteressen kann auf Dauer nur zur globalen Niederlage des homo sapiens führen.

Die bäuerliche Landwirtschaft steht also heute vor großen Herausforderungen, die kaum zu leisten sind. Atomtechnik und Gentechnik sind Instrumente von indus-

triellen Interessenträgern, deren Einfluss weltweit reicht. Und dennoch: Verheißungsvoll ist die wachsende Aufgeschlossenheit der Zivilgesellschaft in vielen Ländern der Erde. Sie geht Hand in Hand mit dem Engagement einer Minderheit von kritischen Wissenschaftlern. Hier gilt es, neue Bündnisse zu knüpfen. Und wir sollten nicht vergessen: Die ökologisch-symbiotische Landwirtschaft wird gebraucht, vor Ort und weltweit.

Günter Altner

Der 1936 geborene Biologe und Theologe hat seine Forschungsschwerpunkte in den Themenfeldern: *Umweltpolitik und Energiepolitik, Gentechnik, Nachhaltigkeit und Gesundheitspolitik.*

Atomunfälle (eine Auswahl)

1957: Windscale/Sellafield Großbritannien: Beim Löschen aufgrund falscher Messungen in Brand geratener Brennelemente entsteht eine radioaktive Dampf Wolke, die auf die irische See und über Großbritannien bis zum europäischen Festland weht. Ca. 9.000 Kubikmeter Löschwasser werden radioaktiv kontaminiert. Etwa zwei Millionen Liter verseuchte Milch müssen vernichtet werden.

1979: Pennsylvania (USA): Im Atomkraftwerk Three Mile Island kommt es zu einer teilweisen Kernschmelze weil die Reaktorkühlung ausfällt. Radioaktivität wird freigesetzt, 140.000 Menschen müssen evakuiert werden.

1979: Tennessee (USA): Aus geheimer Atomanlage tritt Uran aus. Etwa 1.000 Menschen werden verstrahlt.

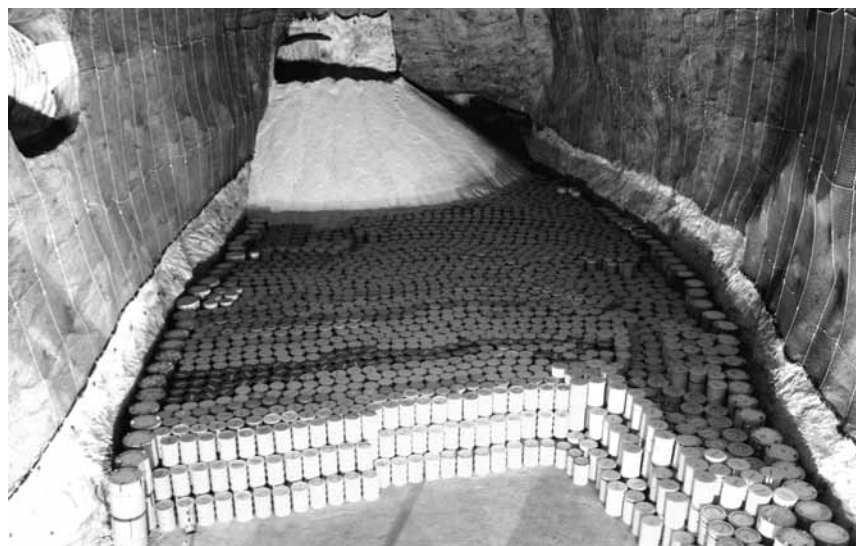
1986: Tschernobyl Ukraine: die bis dahin schwerste Reaktor-Katastrophe. Es kommt zu einer Kernschmelze und mehreren Explosionen. In den ersten zehn Tagen wird radioaktives Material von mehreren Trillionen Becquerel freigesetzt.

1997: Tokaimura Japan: Angestellte kippen zuviel Uran in einen Fülltank, die unkontrollierte Kettenreaktion führt zu einer Verstrahlung von mehr als 600 Menschen. Etwa 320.000 Menschen werden evakuiert.

April 2005: Sellafield, Großbritannien: Durch ein Leck, das Monate unentdeckt bleibt treten ca. 83.000 Liter einer radioaktiven Flüssigkeit aus Salpetersäure, Uran und Plutonium aus.

2005: Forsmark, Schweden: Aus einem Zwischenlager gelangt radioaktives Wasser in die Ostsee.

2011: Fukushima, Japan: Nach einem Erdbeben und dem folgenden Tsunami werden vier Reaktorblöcke zerstört, bisher fanden drei Kernschmelzen statt. Über 80.000 Menschen werden evakuiert. Im weiten Umkreis sind Pflanzen, Tiere, Böden, Trinkwasser und das Meer verseucht. Die Katastrophe ist nicht eingedämmt und ihre Folgen nicht abzusehen.



Den Atommüll im Salz verstecken! Sicher?!

Foto: Bundesamt für Strahlenschutz

Gentechnische Kontaminationen (eine Auswahl)

2000: In den USA kommt es zum ersten Verunreinigungsskandal: Obwohl der Bt-Mais Starlink der Firma Aventis (jetzt Bayer Crop Science) nur für Tierfutter zugelassen ist, gelangt er in die Lebensmittelkette und Produkte für Hunderte Millionen Dollar müssen zurückgerufen werden. Die Verunreinigungen werden bis 2003 nachgewiesen.

2002: Über 12.000 Tonnen Soja werden in den USA beschlagnahmt und vernichtet, weil sie mit einer nicht zugelassenen Soja-Sorte verunreinigt sind, die das Vorprodukt eines Schweine-Impfstoffs enthält.

2005: Das Wissenschaftsmagazin *Nature* enthüllt, dass von 2001 bis 2004 hunderte Tonnen einer nicht zugelassenen Gentechnik-Maissorte der Firma Syngenta (Bt10) unbemerkt in den Saatguthandel gerieten. Die Firma wird zu einer Strafe verurteilt und muss die Kosten der Rückrufaktion tragen, die auf insgesamt nahezu eine Milliarde US-Dollar geschätzt werden.

2005: Die Gentechnik-Reissorte Bt63 wird in verschiedenen Reis-Produkten aus China gefunden. Die Verunreinigung mit der auch in China illegalen Sorte hält bis heute an.

2006: Der Gentechnik-Reis LL 601 der Firma Bayer taucht in europäischen Supermärkten als Verunreinigung in Reismudeln und Langkornreis auf, obwohl er nicht zugelassen ist, sondern zu Versuchszwecken in den USA freigesetzt wurde.

2009: In Brot und Müsli wird die illegale Gentechnik-Leinsaart Triffid gefunden, die neun Jahre zuvor in Kanada zu Versuchszwecken freigesetzt worden war, aber nie kommerziell angebaut wurde. Der Wissenschaftler, der Triffid entwickelte, gibt zu, dass er unter der Hand Proben des Gentechnik-Leinsamens verteilt hatte. *Quelle: www.keine-gentechnik.de*

Böden, nicht zuletzt durch radioaktiven fall out.

Es ist nur konsequent, wenn die kritische Landwirtschaft ihre Aufmerksamkeit besonders auf zwei Gefahrenfelder konzentriert: Atomkraft und Gentechnik. Es handelt sich um zwei Risikotechnologien, die, ungeachtet ihrer Verschiedenheit, von fundamentaler Reichweite für Raum und Zeit sind. Die Bauern im Kaiserstuhlgebiet (Why!!) hatten Recht, als sie bereits 1975 die Sicherheit von Atomkraftwerken in Frage stellten und am

bewährte Nutzsorten mit dem Ziel der Leistungssteigerung bei flankierender Unterstützung durch chemo-technische Maßnahmen. Von dieser Entwicklung sind insbesondere Entwicklungs- und Schwellenländer betroffen. Im Verbund mit patentrechtlich geschützten Monopolinteressen haben die industriellen Betreiber dieser Entwicklung eine soziale Katastrophe in den ehemaligen kleinbäuerlichen Anbaugeländen ausgelöst.

Abgesehen von den vielen ungeklärten Fragen des ökologischen Risikos im Ein-

Neuer Wind in Stuttgart und Mainz

Das Programm von Grün-Rot und Rot-Grün und ihre Abgeordneten unterstützen die Reform-Ansätze der EU-Kommission

Seit Mai regieren in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Koalitionen aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Unter den neuen Abgeordneten finden sich einige Menschen mit landwirtschaftlichem Hintergrund, zum Teil auch Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

In Baden-Württemberg wurde Mitte Mai der erste grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann gewählt. Auch



Amtschef im Landwirtschaftsministerium des Ländle: Wolfgang Reimer

für die Landwirtschaft könnte damit ein neuer Wind im Ländle wehen. In ihrem Koalitionsvertrag vereinbarten beide Parteien, den Ansatz von EU-Kommissar Dacian Ciolos zur „Begründung“ der Direktzahlungen in der 1. Säule zu unterstützen. Auch die Einführung einer Deckelung der Direktzahlungen für Großbetriebe mit wenigen Arbeitskräften unterstützt die Stuttgarter Koalition. „Dabei dürfen aber weder die „2. Säule“ noch die Nettozahlerposition verschlechtert werden“, schreiben sie in ihrem Koalitionsvertrag. Zudem sprechen sie sich dafür aus, dass es auch nach 2020 „eine Grundsicherung gegen extreme Preisschwankungen und für den Ausgleich höherer Standards in der EU geben“ soll, womit wohl Direktzahlungen gemeint sind. Schon ab 2014 sollen die Finanzierungssätze der EU für solche Fördermaßnahmen der zweiten Säule wie Kulturlandschaftspflege, Erhalt und Verbesserung der Biodiversität, Gewässer- und Klimaschutz und Bewirtschaftungssicherung in benachteiligten Gebieten erhöht werden.

Landmensen in der Politik

Der neue Minister für Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz in Baden-Württemberg ist Alexander Bonde von den Grünen. Zuletzt war er Abgeordneter des Deutschen Bundestages

und Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg. Schwerpunkte seiner politischen Arbeit sind Haushaltspolitik (u.a. Agrarhaushalt) und Wirtschaft. Unter dem Motto: Die Landwirtschaft stark für die Zukunft machen, legt er den Schwerpunkt seiner neuen Arbeit auf die Unterstützung des EU-Vorschlags zur GAP Reform und die Verbesserung der Marktchancen im ökologischen Landbau. Sein Ministerium will sich dafür einsetzen, über betriebliche Entwicklungen und Einkommensdiversifikation möglichst viele wettbewerbsfähige Betriebe zu erhalten. „Ein zentrales Anliegen ist uns, die Marktposition der Landwirtschaft in der Lebensmittelkette zu stärken“, so seine Pressesprecherin.

Als ausgewiesener Fachmann auf dem Gebiet Landwirtschaft gilt Wolfgang Reimer, bisheriger Leiter der Unterabteilung Landwirtschaft im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher (BMELV). Er wird Amtschef im Stuttgarter Agrarministerium. Mit seiner Frau betreibt er einen landwirtschaftlichen Betrieb im baden-württembergischen Hohenlohe. Renate Künast holte ihn 2001 ins Bundesministerium und gab ihm die Zuständigkeit für Strukturpolitik, ländliche Entwicklung und Ökolandbau. Er verfügt damit über umfangreiche Verwaltungserfahrung. Vor seiner Bonner Zeit war er als Berater für die Grünen im Stuttgarter Landtag tätig. Als Agrarpolitiker ist Wolfgang Reimer weit über die Grenzen Baden-Württembergs bekannt, seinen agrarpolitischen Ursprung hat er in der AbL, die er zwei Jahrzehnte lang mitgeprägt hat.

Politik für Bauern

Aus dem Wahlkreis Freiburg wurde der Biolandwinzer Reinhold Pix als Abgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen gewählt. Die Themen des ausgebildeten Forstwirts im Landtag sind Verbraucherschutz, Tourismus, Wald, Wild und Wein. Er ist Mitglied im Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft. Pix setzt sich für lückenlose Produktinformationen und gentechnikfreie Nahrungsmittel ein.

Aus dem Bodenseekreis ist Martin Hahn, Demeterbauer und Abler, für die Grünen in den Landtag eingezogen. Er betreibt auf seinem Hof in Überlingen hauptsächlich Milchviehhaltung, Gemüseanbau und Streuobst. In seinem Wahlprogramm plädiert er dafür, mittelständische Landwirte zu erhalten, anstatt mit immer mehr Subventionen

die Lebensmittelindustrie und den Zwischenhandel zu subventionieren. „Wir wollen Lebensmittel mit Wert und Geschmack“, so Hahn.

Ein offenes Ohr für die Belange der Milchbauern und die Forderungen der AbL hat auch Bernd Murschel. Der Diplom-Agraringenieur ist seit 2006 Landtagsabgeordneter der Grünen in Baden-Württemberg und Mitglied im Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft. In seinem Wahlkreis Leonberg-Herrenberg nahe Stuttgart kämpft der Hobbygärtner unter anderem gegen Gentechnik, für Nulltoleranz bei Saatgut und für die Stärkung des ländlichen Raums.

Aus dem Kreis Vaihingen kommt der grüne Landtagsabgeordnete und Experte in Sachen Streuobst, Dr. Markus Rösler. Der Sprecher des NABU-Bundesfachausschusses Streuobst ist Schriftleiter des NABU-Streuobstbriefes und vertritt den Naturschutzbund auf nationaler und internationaler Ebene. Seine Hauptaufgabenfelder sind der Natur- und Umweltschutz, die Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Tourismus sowie Ernährung und Verbraucherschutz.

Pfalz gegen Gentechnikforschung

Auch in Rheinland-Pfalz steht die neue Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit Ulrike Höfken als neuer Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Ernährung. Ebenso wie im Süden unterstützen auch hier die Parteien im Rahmen der anstehenden Reform der EU-Agrarpolitik „die Zielsetzung der EU-Kommission, ein „Greening“ der Agrarförderung, Kappungsgrenzen unter Berücksichtigung der Arbeitskräfte und eine Stärkung der zweiten Säule vorzusehen“.

Das Bundesland, in dem der Agrochemiekonzern BASF seinen größten Produktionsstandort hat, will „keine anwendungsbezogene Agro-Gentechnikforschung fördern“ und den „Schutz vor negativen Auswirkungen der Gentechnikforschung – insbesondere der Auskreuzung gentechnisch veränderter Organismen – verbessern. Die Koalition in Rheinland-Pfalz spricht sich weiterhin gegen den Anbau von Gentechnik und für einen Schutz gentechnikfreier Erzeugung aus. „Wir wollen die Gentechnikfreiheit der rheinland-pfälzischen Land- und Lebensmittelwirtschaft als Marktchance erhalten und nutzen“, so die neue Koalition. Allerdings betont sie „Chancen bei der Anwendung der Gentechnik außerhalb der Freisetzung von lebenden gentech-

nisch veränderten Organismen“. Rot-Grün äußert sich in dem Koalitionspapier auch zur Milch. Die Parteien wollen das Marktstrukturgesetz beibehalten und die Bündelungsmöglichkeiten von Erzeugergemeinschaften auf EU-Ebene ausbauen. Gewollt sind bessere Strukturen für Verarbeitung, Vermarktung und Verbraucherinformation.

Staatssekretär Griese

Das Amt des Staatssekretärs für Umwelt und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz besetzt nunmehr Dr. Thomas Griese. Der Jurist und Bauernsohn aus Nordrhein-Westfalen war von 1995 bis 2005 Staatssekretär im Düsseldorfer Ministerium unter Ministerin Bärbel Höhn und kennt sich in seinen kommenden Aufgaben daher bestens aus. Er ist wie Wolfgang Reimer ein Gründungsmitglied der AbL und arbeitete zuletzt als Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Köln und stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofes NRW in Münster. Ihn zog



Als Staatssekretär zukünftig auch für Landwirtschaft zuständig: Thomas Griese

es in das neue Amt, weil er sich mit der Koalitionspolitik für eine umweltfreundlichere Landwirtschaft, die Gentechnikfreiheit als Marktvorteil und die tierschutzfreundliche Landwirtschaftsproduktion identifizieren kann, sagt Griese.

Ebenfalls AbL-Mitglied ist der neue Abgeordnete für die Grünen Rheinland-Pfalz im Mainzer Landtag Dietmar Johnen. Mit seiner Familie betreibt der Landwirt einen Hof in Großkampfenberg. Zur Zeit stellt er seinen Betrieb von der Milchkuhhaltung auf Milchschaafhaltung um. In Bezug auf die EU-Agrarreform betont er die sozial-ökologischen Vorschläge zur Verteilung der Direktzahlungen der AbL. „Die Strategie der AbL ist auch meine Arbeitsgrundlage“, so Johnen. *mh*

Neuland wohin fährst du?

Im Spannungsfeld: Bäuerliche Interessen wahren, Mitbestimmung langfristig sichern und ökonomisch wirtschaften

Bad Bevensen Mitte Mai. Der Hof der Neuland Produktvermarktungs GmbH Nord ist zugesperrt. Über 60 Gesellschafter sind zur Gesellschafterversammlung gekommen.

In seinem Grußwort beschreibt Jochen Dettmer, Bundesgeschäftsführer des Neuland e.V., die aktuellen Rahmenbedingungen. Sowohl das politische Umfeld als auch das Marktumfeld seien sehr gut. Auch die Qualität, so Dettmer, würde von vielen Verbrauchern noch über der von Bioprodukten angesiedelt, was seine Ursache vor allem in einer konsequenten Einhaltung der Richtlinien habe.

Die eigene Vermarktung

Neuland, eine Organisation in Hand der Bauern: Artgerechte Haltungsbedingungen, faire Preise für die Produzenten, gentechfrei, selbsterzeugte Eiweißbasis, eine Kalkulation vom Anfang zum Ende und nicht ein Verteilen von etwaigem Überschuss nach der Vermarktung als Rückwärtskalkulation. Neuland wurde gegründet, um eine Sicherung bäuerlicher Landwirtschaft zu gewährleisten. Konzentrationsprozesse und Unternehmensentwicklungen in anderen genossenschaftlichen Schlachtunternehmen hatten immer wieder dazu geführt, dass die ursprünglichen Mitspracherechte der Bauern als Genossenschaftsmitglieder schrittweise zurückgedrängt wurden. Die Entscheidungen im operativen Geschäft folgten immer den Unternehmensinteressen. Die Bauern wurden zu Rohstofflieferanten abgestuft. Ganz anders bei Neuland. Drei Säulen zeichnen die Organisation aus: Der Verein, die Bauern und die Vermarktung. Die Vermarktung besteht derzeit aus drei Vertriebsgesellschaften: im Norden, Westen und Süden. Die einzelnen Unternehmen arbeiten eigenständig. Eine engere Verbindung zwischen den Handelsunternehmen, wie von den Trägerverbänden gefordert, wäre wünschenswert, um die zweifelsohne vorhandenen Synergieeffekte zu nutzen, ist aber bisher strukturell nicht angelegt.

Macht der Erzeuger

Die Gesellschafterversammlung gibt den Bauern die Möglichkeit, Einfluss auf die Aktivitäten der Geschäftsführung und damit die Entwicklungen der Gesellschaft zu nehmen. Alle Neulandproduzenten sind selbst auch Gesellschafter. Unabhängig von der Anzahl der gezeichneten Anteile hat jeder Gesellschafter nur eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung wählt den dreiköpfigen Aufsichtsrat, der als Gegengewicht zum hauptamtlichen Geschäftsführer diesen kontrollierend unterstützen soll und die langfristige Ausrichtung der

Geschäftsentwicklung vornimmt. Der Geschäftsführer leitet das operative Geschäft. Der Zusammenschluss von Produktion und Vermarktung unter einem Dach führt zu Spannungen, da die Interessen auf den ersten Blick gegensätzlich sind. Die Bauern als Produzenten möchten hohe Preise für ihre Produkte. Der Vermarkter möchte dagegen möglichst wenig zahlen. Der Kitt, der beide zusammenhält, ist der Geist von Neuland. „Neuland ist ein politisch, praktisches Wirtschaftsunternehmen“, formulierte es Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der Arbeits-

absolut notwendig. Die Möglichkeiten, die durch einen hohen Ferkelpreis entstehenden Mehrkosten aufzufangen, sind begrenzt. Zum einen kann der Aufschlag innerhalb der Neulandfamilie umgelegt werden. Ein bisschen mehr für die Mäster und die GmbH. Bei der in allen Stufen knappen Kalkulation stößt dieses Vorgehen schnell an seine Grenzen. Die zweite Möglichkeit ist, die gestiegenen Kosten zumindest teilweise an die abnehmenden Metzger weiterzureichen. Ein Vorgehen, das Fingerspit-



Artgerechte Haltungsbedingungen, faire Preise für die Produzenten, gentechfrei, selbsterzeugte Eiweißbasis und eine Kalkulation vom Anfang zum Ende. Mit einem Wort: Neuland. Foto: Redaktion

gemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, neben dem Deutschen Tierschutzbund und dem BUND einer der Trägerverbände.

Scheinbar gegensätzliche Ziele

Die Spannungen entstehen in der Vermarktungskette. Bei Neuland Nord-West beispielsweise klagen die Ferkelproduzenten über deutlich zu niedrige Preise. Die immer volatiler werdenden Märkte mit derzeit stark gestiegenen Getreidepreisen führen dazu, dass die Futterkosten und damit die Erzeugungskosten steigen. Ganz ähnlich stellt sich die Situation für den Mäster dar. Bei einer kurzfristigen Betriebszweigauswertung drücken sprunghaft gestiegene Futterkosten bei gleichbleibenden Ferkelpreisen das Ergebnis und weisen im Extremfall einen Verlust aus. Langfristig ist ein derartiger Zustand betriebswirtschaftlich inakzeptabel. Wenn er, wie im Fall einiger Neulandferkelerzeuger, schon über zwei Jahre andauert, ist die Forderung nach höheren Preisen nicht nur verständlich, sondern aus Unternehmenssicht auch

zengefühl bedarf, aber langfristig ausweichlich ist, weil die Neulandidee langfristig nur dann eine Chance hat, wenn die für den qualitativen Mehrwert anfallenden Kosten am Markt mit einem entsprechenden Mehrerlös auch realisiert werden können.

Guter Jahresbeginn

Für Neuland Nord fing das Jahr gut an, stellt Geschäftsführer Strauss in seiner Auswertung der ersten vier Monate dar. Seinen Hochrechnungen zur Folge kann man zum Ende des Jahres mit einem positiven Resultat abschließen. Anders als im vergangenen Jahr, wo aufgrund zahlreicher Investitionen in LKW und Werbemaßnahmen eine negative Jahresbilanz erzielt wurde. Noch nicht eingerechnet hat der Geschäftsführer in seinem Jahresausblick die von verschiedenen Produzenten geforderten höheren Auszahlungspreise für Ferkel, Lämmer und Rinder. In seinen Ausführungen macht Strauss deutlich, wie er sich diese Bilanz wünscht. Er möchte mit einem satten Plus abschließen und die Kosten für den Wareneinkauf minimieren. Er berichtet von seinen Erfahrungen in

anderen Unternehmen, die eben dies vollziehen, vergisst dabei allerdings, dass Neuland nicht Aldi, Lidl oder REWE ist.

Gering entlohnte Rohstofflieferanten

Ein bisschen wehmütig berichtet er von Verlusten, die entstehen, wenn Neulandschweine aufgrund fehlender Absatzwege konventionell vermarktet werden müssen. Ca. 50 Euro weniger erlöst die Gesellschaft und zahlt dem Produzenten dennoch den vollen Neulandpreis. Unerwähnt bleibt, dass eine 100-prozentige Vermarktung unter Neuland gar nicht möglich ist, da nur ca. 90 Prozent der Tiere die geforderten Qualitätsbedingungen erfüllen. Dennoch sind die Zahlen eine Bestätigung für die gut funktionierende Vermarktung, aber eben auch für die Qualitäten der Landwirte. Für die Ferkelerzeuger sind sie ein starkes Argument im Ringen um bessere Preise, da schon ohne prognostiziertes Wachstum jedes Ferkel gebraucht wird. Bei der Gesellschafterversammlung wurden die unterschiedlichen Interessen von Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Erzeugern nicht immer sichtbar. Aus Sicht des Geschäftsführers ist es ein berechtigtes Interesse, die Geschicke der Gesellschaft nach den Kriterien der Gewinnmaximierung zu lenken, auch wenn man von einem Geschäftsführer einer Neulandgesellschaft erwarten würde, dass er sich mehr den Zielen und Idealen der Organisation verpflichtet fühlt. In jedem Fall ist es aber die Aufgabe des Aufsichtsrats als Vertretung der Bauern, deren Interessen im höchsten Kontrollgremium zu vertreten. Ein wenig mulmig wird dem Betrachter, wenn der Geschäftsführer vom Aufsichtsrat in Personalfragen bevollmächtigt wird, ohne dass zumindest ein Vetorecht beibehalten wird. Oder aber wenn offensichtlich mit Wissen des Aufsichtsrats Vollmachten für den Geschäftsführer über die Aufnahme neuer Mitglieder in die Satzung formuliert werden sollen, die auch noch der Gesellschafterversammlung mit dem Hinweis auf das für den Notar deutlich vereinfachte Verfahren zur Abstimmung vorgelegt werden. Schnell hat Herr Strauss gemerkt, dass die Stimmung für seinen Antrag nicht günstig ist und ihn zurückgezogen. Es wird abzuwarten bleiben, inwieweit Neuland Nord sich immer mehr zum reinen Handelsunternehmen entwickelt oder ob es dem neuen Aufsichtsrat gelingt, gemeinsam mit den produzierenden Bäuerinnen und Bauern und der Geschäftsführung die Neulandidee wieder ganz oben auf die Agenda zu setzen und trotzdem bzw. deswegen weiterhin ökonomisch erfolgreich zu bleiben. *mn*

Urteil gegen faire Milch

Auf Beschluss des Landgerichts Landshut darf „Die faire Milch“ diese Bezeichnung zukünftig nicht mehr tragen. Das Produkt täusche die Verbraucher, so die Klage der Wettbewerbszentrale in Bad Homburg gegen die MVS Milchvermarktung GmbH. Unter anderem vermittele der Begriff „Die faire Milch“ den Eindruck, dass andere Milch unfair sei. Zudem sei die Bezeichnung „kommt ausschließlich von Höfen aus Ihrem Bundesland“ irreführend, da die Milch von 100 bis 150 Betrieben stamme und somit nur im begrenzten Gebiet tätig sei, so der Kläger. Das Urteil in erster Instanz stößt bei Milcherzeugern und einigen Verbänden auf Protest. Der Bund Naturschutz (BN) bezeichnete das Gerichtsurteil als absurd, da das Projekt von den Landwirten aufgebaut wurde, um gerechte Erzeugerpreise zu erzielen, so Prof. Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender des BN und des BUND. Laut Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) ist die Klage von wirtschaftlichen und politischen Interessen getrieben. Der Verband sieht aber auch die Chance, in der mit dieser Klage angestoßenen Diskussion eine gesellschaftliche Diskussion zu führen, was denn unter dem Begriff „Fairness“ zu verstehen ist. „Sicher ist, dass gegen dieses Urteil Rechtsmittel eingelegt werden“, so der BDM. mh

„Mensch MACHT Milch“ im EU-Parlament

Vom 23. bis 27. Mai 2011 zeigte das European Milk Board (EMB) unter der Schirmherrschaft des EU-Parlamentariers Martin Häusling die Fotoausstellung „Mensch MACHT Milch“ in Brüssel. Es war das erste Mal, dass die von Abl, German Watch und Misse-reor mit Bildern des Fotografen Fred Dott organisierte Ausstellung in englischer und französischer Sprache präsentiert wurde. Bei einer gut besuchten Vernissage am 25. Mai sprach Georg Häusler, Leiter des Kabinetts von EU-Agrarkommissar Daçian Ciolos die einleitenden Worte. Die beiden EU-Abgeordneten Martin Häusling und José Bové berichteten vom Stand der Diskussion um den aktuell im Agrarausschuss diskutierten Milchbericht von Nicholson zur Reform der EU-Milchpolitik. Romuald Schaber, Präsident des EMB sagte bei der Vernissage: „Manchmal vergessen die Politiker die Menschen und ihren Alltag auf den Höfen, wenn sie hier in Brüssel, aber auch in Berlin und Paris, über den globalen Handel und die Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis sprechen. In dieser Ausstellung werden die Menschen sichtbar. Die Ausstellung setzt damit gerade jetzt im Zusammenhang mit den Diskussionen des EU-Parlaments um die Reform der EU-Milchpolitik ein wichtiges Zeichen.“ *Sonja Korpeter*

Kurzes am Rande

EU-Milchpolitik in Diskussion

Bündelungsgrenzen, Vertragsgestaltung und die Rolle der EU-Kommission

Wir müssen die Entscheidung verschieben, so lautete die Nachricht aus Straßburg nachdem die Diskussionen um den Milchbericht des irischen Abgeordneten James Nicholson zu keinem Ergebnis geführt hatten. Dieser Bericht kommentiert die Gesetzesvorschläge der EU-Kommission zu einer Reform des Milchmarktes, die im Dezember 2010 veröffentlicht worden waren.

Sinnvolle Bündelungsgrenzen

Martin Häusling, von den europäischen Grünen: „Die Vorschläge gehen sehr weit auseinander. Statt wie bisher den Fokus auf Verträge für Milcherzeuger zu legen, müssen wir über die Rahmenbedingungen für eine effektive Erzeugerbündelung und die Einführung einer Monitoringstelle diskutieren und zu einem guten Ziel bringen.“ Sinnvolle Bündelungsobergrenzen, von ca. 30 Prozent auf EU-Ebene und 75 Prozent auf nationaler Ebene werden schwer zu erreichen sein. Gerade an diesem Punkt zeige sich Berichterstatter Nicholson nicht kompromissbereit. Offenbar haben manche EU-Parlamentarier Sorgen, dass deutsche und französische Erzeugerorganisationen zukünftig zu viel Einfluss am Milchmarkt gewinnen könnten. Angesichts von Molkereiunternehmen wie Friesland-Campina in den Niederlanden mit 85 Prozent Marktanteil und Arla Foods in Dänemark mit 95 Prozent Marktanteil und der deutlich schwächeren Position der Milcherzeuger erscheint diese Sorge unbegründet.

Für Frau Jeggle von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) sind die Stärkung der Position der Erzeuger und eine erhöhte Transparenz am Milchmarkt die Hauptaspekte: „Insbesondere die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe dürfen nicht benachteiligt werden, sondern müssen in die Position kommen, faire Verträge mit den Molkereien (und Genossenschaften) aushandeln zu können.“ Der ebenfalls konservative Richard Ashworth von den europäischen Konservativen und Reformisten aus Großbritannien dagegen will, dass Milchviehbetriebe verstärkt wachsen und in Verarbeitungsbetriebe investieren. Dadurch könnten sie zukünftig auf Augenhöhe mit den Molkereien verhandeln. Kleine Betriebe gehören seiner Einschätzung nach bald der Vergangenheit an. In die Diskussion um eine Sonderstellung der Genossenschaften ist offenbar Bewegung gekommen. Viele Parlamentarier haben erkannt, dass ein Großteil der heutigen Genossenschaften das Interesse ihrer Mitglieder nur noch bedingt vertreten und deshalb auch in Genossenschaften organisierten Milcherzeugern die Mitgliedschaft in unabhängigen Erzeugerorganisationen ermöglicht werden muss. „Genossenschaften dürfen keinen Sonderstatus erhalten. Hier in Belgien haben wir zum Beispiel eine Genossenschaft, bei der das französische Unternehmen Lactalis 51 Prozent der Anteile hält. Damit ist sie keine Erzeugerorganisation, sondern eine Molkerei, die Teil eines weltweit agierenden Unternehmens ist.“ sagt Marc Tarabella von der Fraktion der Sozialisten und Demokraten, „Ich bin dafür, dass Verträge für private wie für genossenschaftliche Molkereien verpflichtend sind und Preisfestlegungen enthalten, die die Produktionskosten berücksichtigen.“ Doch seien Verträge für die Stärkung der Position der Erzeuger nur von Bedeutung, wenn es Möglichkeiten der Regulierung der Milchmenge gebe.

EMB- Forderung

Aus Sicht der Milcherzeuger des European Milkboard (EMB) gehören Rahmenbedingungen, die den Erzeugern eine ausreichende Bündelung ermöglichen aber auch Transparenz bezüglich der durchschnittlichen Produktionskosten und der Marktentwicklung unbedingt zu einer effektiven Milchpolitik der EU. Ziel muss sein, dass Erzeuger über unabhängige Erzeugerorganisationen kostendeckende Preise für ihre Milch verhandeln können. Eine europäische Monitoringstelle kann den Rahmen für einen Interessenausgleich zwischen Verbrauchern, Milcherzeugern und Milchindustrie bieten und absichern, dass das gesellschaftliche Interesse einer nachhaltigen Versorgung mit qualitativ hochwertiger Milch respektiert wird. Bis Ende Juni werden noch viele Gespräche stattfinden, um aus den vielfältigen Sichtweisen einen Kompromiss zu erarbeiten. Ob dieser die Position der Milcherzeuger am Markt stärken wird, läßt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen.

EMB- Forderung

Aus Sicht der Milcherzeuger des European Milkboard (EMB) gehören Rahmenbedingungen, die den Erzeugern eine ausreichende Bündelung ermöglichen aber auch Transparenz bezüglich der durchschnittlichen Produktionskosten und der Marktentwicklung unbedingt zu einer effektiven Milchpolitik der EU. Ziel muss sein, dass Erzeuger über unabhängige Erzeugerorganisationen kostendeckende Preise für ihre Milch verhandeln können. Eine europäische Monitoringstelle kann den Rahmen für einen Interessenausgleich zwischen Verbrauchern, Milcherzeugern und Milchindustrie bieten und absichern, dass das gesellschaftliche Interesse einer nachhaltigen Versorgung mit qualitativ hochwertiger Milch respektiert wird. Bis Ende Juni werden noch viele Gespräche stattfinden, um aus den vielfältigen Sichtweisen einen Kompromiss zu erarbeiten. Ob dieser die Position der Milcherzeuger am Markt stärken wird, läßt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen.



Die Ausstellung Mensch MACHT Milch im EU-Parlament stieß auf große Resonanz. Sie wurde eröffnet von (v.l.): Romuald Schaber, Martin Häusling, Georg Häusler und José Bové. Foto: Berit Thomsen.

*Sonja Korpeter
European Milkboard*

Rauchschwaden vor dem EU-Parlament

Milcherzeuger-Delegationen überreichten Forderungen an Mitglieder des EU-Parlaments

Aus Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Deutschland, Dänemark, Luxemburg, Österreich, Irland und Italien kamen am 4. Mai 2011 etwa 300 Milchbäuerinnen und -bauern nach Brüssel. Vor dem EU-Parlament demonstrierten sie, dass der Nicholson-Bericht mit seinen Kommentaren zum Milchpaket der EU-Kommission in seiner aktuell diskutierten Form nicht geeignet ist, die Position der Milcherzeuger am Markt zu stärken. Minutenlang vernebelten bengalische Feuer die Place Luxembourg – ein einzigartiger Anblick und eine besondere Herausforderung für die Lungen der Anwesenden. Sieta van Keimpema, Vize-Präsidentin des EMB: „Wir sind heute hier vor dem EU-Parlament in Brüssel, um den interessierten Abgeordne-

ten unsere Forderungen noch einmal mit erhöhter Dringlichkeit zu überreichen. Die Luft brennt – das ist das Symbol für die neuerlich zu erwartenden Krisen auf dem Milchmarkt, wenn die Milcherzeuger nicht auch über gesetzliche Rahmenbedingungen die Möglichkeit erhalten, sich so zu bündeln, dass sie Einfluss am Milchmarkt und damit faire Preise erreichen können.“

Durch die Übergabe konkreter Verbesserungsvorschläge an Mitglieder des EU-Parlaments zeigten die EMB-Delegationen, dass es noch Mittel und Wege zu einer nachhaltigen EU-Milchpolitik geben kann. Ausreichende Bündelung der Erzeuger in unabhängigen Erzeugerorganisationen, keine Sonderregelungen für Genossenschaften und die Einrich-

tung einer Monitoringstelle zur aktiven Beobachtung des Milchmarktes stehen hierbei im Mittelpunkt. Auch die Verbraucher müssten bei der Milchmarktgestaltung beteiligt sein, damit ihr Interesse an frischen, qualitativ hochwertigen Milchprodukten, die in ganz Europa nachhaltig erzeugt werden, berücksichtigt werden. Die Ansprachen der anwesenden EU-Parlamentarier machten deutlich, dass die Forderungen des EMB im Agrarrecht Anklang finden. Im Anschluss an die Kundgebung vor dem EU-Parlament zogen die Milchbauern zur EU-Kommission, um dort gegen die liberale Politik von EU-Handelskommissar Karl de Gucht zu demonstrieren. Zwei Vertreter der Generaldirektion Handel stellten sich zunächst dem Gespräch mit den Teilnehmern einer EMB-Delegation, doch als man auf das Thema Molkereiverträge und den fehlenden Handlungsspielraum der Erzeuger kam, machten sie auf dem Absatz kehrt und verließen den Gesprächsort. Globaler Freihandel um jeden Preis und bäuerliche Strukturen in Europa – die Denkweisen gehen weit auseinander. Doch es darf nicht um Ideologien gehen oder um Politik für einzelne große Unternehmen mit Exportinteressen. Wir brauchen eine nachhaltige Nahrungs- und Agrarpolitik im Sinne der europäischen Bevölkerung, die zugleich Menschen in anderen Teilen der Welt nicht schadet. Gespräche und Aktionen werden folgen, um dies den Mitgliedern der EU-Kommission, den nationalen Regierungen und den EU-Parlamentariern aller Couleur weiter zu verdeutlichen.

Sonja Korpeter, EMB



Nicht Freihandel um jeden Preis à la EU-Handelskommissar De Gucht, sondern „Ernährungssouveränität statt Abhängigkeit von Importen“ forderten die EMB-Milcherzeugerdelegationen in der abschließenden Demonstration vor dem Gebäude der EU-Kommission. Foto: Korpeter

Jenseits des Wachstums

Als großen Erfolg werten die Veranstalter – das globalisierungskritische Netzwerk Attac in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-, der Heinrich-Böll-, der Rosa-Luxemburg- und der Otto-Brenner-Stiftung – den dreitägigen Kongress „Jenseits des Wachstums?“, der am 22. Mai mit mehr als 2.500 Teilnehmern in Berlin zu Ende gegangen ist. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ist einer der Unterstützer des Kongresses gewesen. In insgesamt 70 Veranstaltungen haben Experten aus verschiedenen Branchen und Bereichen auch Bereiche der Landwirtschaft analysiert und diskutiert. Elisa Vega von der bolivianischen Bäuerinnenorganisation Bartolina Sisa wies darauf hin, dass in der gegenwärtigen Wachstumsstrategie Firmen in die Landwirtschaft in Bolivien investieren würden. Das brächte Monokulturen und einen höheren Chemikalieneinsatz. „Wir setzen auf eine ausgeglichene Lebensweise, produzieren ohne Chemikalien und in regionalen Wirtschaftskreisläufen. So stellen wir sicher, dass wir unsere Böden langfristige und ressourcenschonend nutzen können.“ bet

Milcherzeuger sollen entscheiden

Die Allgäuland-Molkerei ist in Not und sucht Lösungswege: Arla würde die Molkerei kaufen

Verkaufen oder nicht – die „Allgäuland-Käsereien“ sind finanziell angeschlagen und suchen nach Lösungswegen. Zur Aussicht steht eine Übernahme durch den Molkereikonzern „Arla Foods“ oder ein alternativer Weg, der mehr Selbständigkeit verspricht. Die Entscheidung liegt bei den 1.800 Lieferanten der Allgäuland-Genossenschaft. Um die Zukunft der Genossenschaft zu sichern, hat das Unternehmen zwei Wege zur Umstrukturierung vorgestellt. Zum Einen soll es ein Sanierungskonzept mit einem Volumen von 50 Millionen Euro geben, das unter anderem aus Einnahmen durch einen Teilschulderlass der beteiligten Banken, die Veräußerung von Immobilien, Geld von „landwirtschaftsnahen Finanzierern“ und dem genossenschaftlichen Hilfsfonds gespeist werden soll. Von dem Geld sollen dringend notwendige Investitionen wie die Modernisierung der drei Spezialitätenwerke des Unternehmens und der Ausbau der Mar-

ken Allgäuland und Allgäuland-Bergbauern finanziert werden. Die Entschuldung und die Bereitstellung der Millionensummen sind an Bedingungen geknüpft:

1. Die Milcherzeuger müssen einer Fusion der sechs Liefergenossenschaften zur Einheitsgenossenschaft „Allgäuland-Bergbauern eG“ zustimmen.
2. Eine maximale Eigenmilchmenge (absolutes Minimum 200 Mio. kg pro Jahr) muss für die nächsten drei Jahre sichergestellt werden.
3. Das Unternehmen muss weiter entschuldet werden.

Ein zweiter Weg zur Zukunftssicherung der Allgäuland-Käsereien ist die Fusion mit einem anderen Unternehmen. Mitte Mai hat der skandinavische Molkereikonzern „Arla Foods“ Interesse an einer Übernahme der Allgäuland-Käsereien angemeldet. Arla Foods, das schon zu Jahresbeginn mit der Hansa-Milch im mecklenbur-

gischen Upahl fusioniert hat, würde so in Deutschland einen weiteren gigantischen Milchriesen mit wenig Konkurrenz platzieren. Der Geschäftsführer von Arla Foods in Deutschland, Torben Olsen: „Wir haben die Vision, in Europa das führende Molkereiunternehmen zu werden sowie in Deutschland zu den ersten drei zu gehören.“ Paul Ritter, dem Geschäftsführer der Allgäuland-Käsereien, ist die künftige Eigenständigkeit der Genossenschaft sehr wichtig, er sieht jedoch auch Vorteile in einer Fusion. „Mir persönlich wäre zwar eine eigenständige Lösung für Allgäuland lieber. Aber ein starker Partner würde sicher vieles vereinfachen.“ Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen, denn im Juni werden im Rahmen von sechs Generalversammlungen die betroffenen Milchlieferanten, die zu der Versammlung erscheinen, über die Zukunft der Allgäuland-Käsereien abstimmen. mb

Ökoschule – es gibt noch freie Plätze!

Auch in 2011 bietet die Ökoschule Haus Riswick, Kleve (Fachschule für Agrarwirtschaft, Schwerpunkt Ökologische Landwirtschaft) wieder Fachschulunterricht zum Ökologischen Landbau an. Wer Interesse hat und sich noch nicht angemeldet hat, kann dies auch in den nächsten Wochen noch tun. Der zweijährige Vollzeitunterricht wird ergänzt durch zahlreiche praktische Lehrgänge und Projektarbeiten zu Themen wie Lebensmittelverarbeitung und Milchverarbeitung, Obstbau und Gemüsebau. Weiterhin arbeitet die Ökoschule eng mit dem ökologischen Milchviehbetrieb Haus Riswick und Ökobetrieben in der Region zusammen. Durch einen praxisorientierten Lehrplan werden die Schulabsolventen ideal vorbereitet auf ihre spätere Tätigkeit in der landwirtschaftlichen Praxis oder als Fachkraft bei Verbänden, Vermarktungseinrichtungen und Kontrollstellen des ökologischen Landbaus. Der Besuch der Fachschule für ökologischen Landbau kann durch BAföG gefördert werden. Weitere Infos unter: www.oekoschule.de oder bei: christian.wucherpennig@lwk.nrw.de, Tel: 02821 996-177.

Melkstände verbieten

Ende Mai schickte der BBV Schwandorf ein Fax an seine Mitglieder, in dem er die Forderungen des Agrarbündnis Bayern zur Reform der EU-Agrarpolitik interpretiert. Das Agrarbündnis ist ein Zusammenschluss von Organisationen aus Landwirtschaft, Umwelt, Imkerei und Entwicklungsarbeit. Zentrale Forderungen des Bündnisses für die GAP 2013 sind unter anderem die Sicherung bäuerlicher Landwirtschaft, eine ökologisch verantwortliche, nachhaltige Produktion, eine eigene Eiweißversorgung und ein Verzicht auf Dumping. Der BBV interpretiert das auf seine ganz eigene Weise. Unter dem Titel „Wahrheit und Klarheit“ resümiert er, die Organisationen wollten Melkstände verbieten und Technik von den Höfen verbannen. Zurück ins vergangene Jahrhundert. Ob die Verfasser gerade einen Heimatfilm sahen, berausende Substanzen nahmen oder einfach nur von besonderem Phantasieumfang ereilt wurden, bleibt unklar. Das *bayerische landwirtschaftliche Wochenblatt* jedenfalls hat alles schön brav abgedruckt. Wirklich kreativ waren in diesem Fall nur die Verfasser des Mitgliederschreibens Josef Wittman und Johann Wilhelm vom BBV Schwandorf. mh

Kurzes am Rande

10 Jahre AbL-Bayern

Eine Erfolgsgeschichte

Ende der 90er Jahre waren eine ganze Reihe von Bauerngruppierungen und -organisationen aktiv, die mit der Politik des Bauernverbandes unzufrieden waren. Nach einer Protestveranstaltung vor dem Bauernverbandsbildungshaus in Herrsching in Form eines Haberfeldtreibens im Jahr 2000 mit dem Motto „BBV – der Totengräber der bäuerlichen Landwirtschaft“ und unter der Regie von Andreas Rempelberger formierte sich diese Bewegung immer mehr und so organisierte Rempelberger ein Treffen der agraroppositionellen Gruppen im Münchner Ratskeller. Ziel war, eine bayerische Agraropposition zu gründen. Nach langer und intensiver Diskussion konnte Georg Janßen die über 100 anwesenden Bauern und Bäuerinnen davon überzeugen, dies unter dem Dach der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft zu tun.

Am Sonntag den 8. April 2001 wurde schließlich in Enkering bei Ingolstadt der Landesverband AbL Bayern gegründet. 15 Verbände und Organisationen tragen zum Erfolg dieses Tages bei. Die neue Vorstandschaft, bestehend aus sechs Frauen und vier Männern war auch gleich gefordert, sich in die Diskussion bei der anstehenden Agrarreform einzubringen. Einer der ersten Erfolge war die Einführung der einheitlichen Flächenprämie. Die Bindung an die Arbeitskraft fand damals leider keine Mehrheit. 2002 gelang es der AbL Gruppe Chiemgau sich im Wettbewerb „Regionen Aktiv“, der von Landwirtschaftsministerin Künast ausgeschrieben war, durchzusetzen. Es wurden einige erfolgreiche Projekte auf den Weg gebracht. Die damalige Vorstandschaft war

damit personell auch stark beansprucht.

Ein zentrales Thema der AbL war und ist die Agrotechnik. In unzähligen Veranstaltungen in ganz Bayern, in Unterschriftaktionen genauso wie im Gespräch mit Politikern und Protestaktionen an den Feldern wurde vor dieser Risikotechnologie gewarnt. Nicht zuletzt auch ein Erfolg der AbL ist es, dass Monsanto und Co in Europa bisher noch nicht Fuß fassen konnten. Bei der Blauzungenimpfpflicht gelang es der AbL zusammen mit der IGGT in zahlreichen Aufklärungsveranstaltungen und Gerichtsverfahren diese Zwangsimpfung zu Fall zu bringen. Neben diesen

großen Aktionen veranstaltet der Landesverband jährlich eine ganztägige Fachtagung zu verschiedenen aktuellen Themen der Landwirtschaft.

Die zwei Haberfeldtreiben stießen auf außergewöhnliche Medienresonanz und trugen nicht unwesentlich zum Bekanntheitsgrad der AbL Bayern bei. Auch wenn diese Aktionen nicht unumstritten waren und auch zu internen Spannungen führten, verliefen sie immer friedlich und stärkten insgesamt gesehen den Verband.

Seit 2009 lädt die bäuerliche Arbeitsgemeinschaft jeweils im Frühjahr zu einer Bauernwallfahrt nach Altötting ein, an der jeweils über 1.000 Bäuerinnen und Bauern teilnehmen. Ursprünglich war dies als Dank für die Abschaffung der Blauzungenimpfung gedacht, wird aber nun wegen der großen Resonanz bis auf weiteres mit einer Kräuter- und Tiersegnung weitergeführt. Aufgrund dieser vielfältigen, fundierten und engagierten Arbeit der Vorstandschaft, konnte die Zahl der Mitglieder gerade in den letzten Jahren vervielfacht werden. Besonders erfreulich ist es aber, dass inzwischen sieben sehr aktive Regionalgruppen entstanden sind.

Dieser Erfolg ist nicht nur erfreulich, sondern spornt auch zugleich dazu an, im Kampf um eine bäuerliche, gentechnikfreie und vielfältige Landwirtschaft nicht nachzulassen. So nehmen viele fleißige AbL'er jede Gelegenheit wahr, um mit Abgeordneten und Ministern aller Parteien Gespräche zu führen und Wege aufzuzeigen, wie die Politik die Rahmenbedingungen setzen muss, um möglichst allen verbliebenen Betrieben eine Zukunft zu ermöglichen.

Die bayrische Landwirtschaft ist im Bundesvergleich immer noch großteils bäuerlich strukturiert, mit einem hohen Anteil an Nebenerwerbsbetrieben. Das Bewusstsein, die noch vorhandenen Qualitäten und die Schönheit und Vielfältigkeit unserer Kulturlandschaft erhalten zu wollen, stärkt unseren Einsatz dafür, denn wir wissen, dass wir viel zu verlieren haben.

Zehn Jahre intensive Arbeit haben dazu geführt, dass die AbL Bayern eine ernstzunehmende Größe geworden ist, die inzwischen viele Politiker und außerlandwirtschaftliche Verbände schätzen und die nicht zuletzt den großen Bauernverband unter Druck setzt. Wir kämpfen für eine gute Sache und das macht uns stark.

Wir wollen unsere Gemeinschaft und unsere zurückliegende Arbeit feiern und freuen uns auf viele Gäste bei unserem Zehnjährigen Jubiläumsfest am 26. Juni in Wilpersberg bei Aichach. (s.S. 22)

Edith Lirsch

Landesvorsitzende der AbL-Bayern



Zu Beginn als Dank zur Abschaffung der Zwangsimpfung gegen die Blauzungenkrankheit gedacht, wurde die Bauernwallfahrt zum jährlich wiederkehrenden Ereignis.
Foto: AbL-Bayern

Betriebsspiegel:

Bioland-Betrieb bei Münster
in Nordrhein-Westfalen
48 ha Nutzfläche,
davon 22 ha Grünland
32 Milchkühe mit Nachzucht
50 Hühner
Kartoffelanbau, Getreide, Feldfutter
eigener Hofladen

Mein Freund Ralf hat Schwein gehabt. Es kam zu ihm als Ferkel, weil es beim Viehtransport vergessen wurde. Sieben Monate hat er es betreut und war dabei fasziniert von der Vertrautheit und von den verschiedensten Gemütsäußerungen, die ein Schwein so von sich gibt. Und er

hat es auch begleitet zum Metzger auf den letzten Weg, hat sich verabschiedet und wird es auch essen.

Das erinnert mich an ein Lied von Reinhard Mey „Die Würde des Schweins ist unantastbar“. Sie haben kein Problem mit der Todesanzeige, die Dr. Rainer Hagencord in einem bundesweit verbreiteten Heft zur Firmvorbereitung vom Bonifatiuswerk zum Thema Tierhaltung veröffentlichte, in der er an all die Tiere ohne Namen erinnert, die 2009 geschlachtet wurden, ob Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Pferde oder Gebrauchsküken. Dr. Rainer Hagencord ist Leiter des

Instituts für theologische Zoologie in Münster. Im Frühjahr hielt er an der Landvolkshochschule Freckenhorst einen Vortrag über „Tiere als Geschöpfe Gottes“. Die Bauern dort hörten sich das an, sie wollten aber eigentlich nur hören, dass sie so weitermachen können wie bisher, und jetzt diese Todesanzeige. Damit haben die Bauern ein Problem und auch die Kirche, jedenfalls im Bistum Münster. Denn, so die Kirche: „Die deutschen Bauern sind sich ihrer Verantwortung für eine tiergerechte Haltung bewusst. Der technische Fortschritt bietet neue Möglichkeiten, die Haltungsbedin-

gungen der Tiere zu verbessern“. Mir scheint es aber, dass die Technik nur immer größere Einheiten ermöglicht. Und wie sagte Prof. Alfred Haiger vom Institut für Nutztierwissenschaften der Universität für Bodenkultur Wien auf einem Vortrag: „Von meiner Frau habe ich erst gelernt, dass hohe Leistungen bei Tieren nicht unbedingt etwas mit Wohlbefinden zu tun hat.“ Die Zukunft findet nicht statt in immer größer werdenden Produktionseinheiten und Schlachthöfen, sondern in den Gärten. Sie findet nicht statt im globalen Wettbewerb, der nur dem Handel und der Zulieferindustrie dient, wobei wie in den USA erlebbar, die gewachsenen Nachbarschaftsstrukturen zerbrechen, sondern im Miteinander von Menschen. Dabei wird nicht polarisiert zwischen Bio und Konventionell, sondern es wird gewirtschaftet, regional, vor Ort im Austausch und in einer Wertschöpfung, die auch vor Ort bleibt. Dies schreibt auch der Weltagrarbericht, der unserer hiesigen Landwirtschaft bescheinigt, dass sie nicht zukunftsfähig ist, um die Hungerprobleme zu lösen. Hier wäre die Kirche gefragt, den Dialog zu beginnen und vorzuleben.

Johannes Deventer

Schwein gehabt



Wir wohnen in einem Rottaler Holzhaus, dessen Alter wir auf weit über 200 Jahre schätzen. Der Giebel war früher Richtung Hof mit zwei Balkonen. Das Erdgeschoss ist gemauert und ab dem Obergeschoss ist es ein Holzblockbau. Ein richtiges Rottaler Holzhaus eben. Vor gut hundert Jahren war es offenbar hier in Niederbayern Mode, den Giebel zu drehen, so geschah es auch unserem Haus. Die Dachziegel stammen aus dem Jahr 1905 und sind noch immer in einem einwandfreien Zustand. Aber sonst haben zahlreiche Umbauten und Reparaturen nicht mehr sehr viel Brauchbares der alten Substanz übrig gelassen. Trotzdem wollte Edith nach unserer Heirat unser altes Bauernhaus wieder renovieren und modernisieren. Ein altes Haus, so ihr Argument, hat Seele. Die männlichen Fakten aber sahen anders aus. Die Raumhöhen mit 2,1 Meter zu gering, die Fenster aus den 60er Jahren undicht, der Isolierwert katastrophal, die Elektro- und Wasserinstallation schon lange nicht mehr zeitgemäß. Ein Neubau kam damals vor 25 Jahren aus finanziellen Gründen nicht in Frage und so fassten wir dafür das Jahr 2000 ins Auge. Wir bauten möglichst günstig den Dachboden für unsere vier Töchter aus und beließen es auch sonst bei den nötigsten Reparaturen. 2000 schließlich hatten wir Zweifel, ob es sinnvoll ist, ein weitgehend kreditfinanziertes Haus zu bauen,

solange nicht klar ist, ob eine unserer Mädls auf dem Hof bleiben wird. Wir beschränkten uns daher zunächst darauf zu planen. Nach dem Vorbild des alten Hauses sollte das Neue entstehen, aber zeitgemäß mit einer kontrollierten Lüftung, Solarkollektoren und natürlich Passivhausstandart. 2009 war es schließlich soweit. Nachdem alle unsere Töchter eine landwirtschaftliche Ausbildung haben, und mindestens eine die feste Absicht hat, den Hof weiterzuführen, trafen wir schon erste Vorbereitungen für den Neubau. Unser kleines „Baby-Gewächshaus“ kam weg, das „Mama-Gewächshaus“ wurde versetzt und unser alter Nussbaum musste gefällt werden. Wir baggerten und planierten und

konnten schließlich im November 2009 noch die Bodenplatte betonieren. Im Winter ernteten wir das Holz von unserem 0,5 ha Wald und brachten es zur Säge. Weil wir uns so ein Haus überhaupt nur leisten können, wenn wir die Arbeiten weitgehend selbst erledigen, geht es jetzt erst richtig los. Mit Hilfe unserer Töchter, meinem Vater und Eugen, Markus und Sepp, unseren angehenden Schwiegersöhnen, wird gesägt, entrindet, gestapelt, gehobelt, gemauert, transportiert und betoniert und so haben wir schließlich im Juni 2010 ein Dach auf dem Neubau. Gleichzeitig hat sich jetzt mit Nikolai auch noch Nachwuchs bei Eva und Eugen eingestellt, sodass wir neuen Ansporn haben, die erste der beiden

Wohnungen bis Juni bezugsfertig zu machen, damit die jungen Eltern ein Nest haben. Und mit der kleinen Menschenseele unseres ersten Enkelkinds zieht sicher auch wieder eine Seele in das neue Haus.

Josef Lirsch

Die Seele im Haus

Betriebsspiegel:

Gemüsebaubetrieb mit Erdbeeren,
Kultur Heidelbeeren und Direktver-
marktung im Hofladen und auf vier
Märkten
18 ha, davon 6 ha Grünland, 2.000
m² Gewächshaus, Mutterkuhhaltung,
eine Zuchtsau mit Nachzucht
Wir wohnen in Niederbayern zwi-
schen Passau und München, 10 km
von der österreichischen Grenze

Der Rahmen muss stimmen bei Agrogas

Für eine nachhaltige, dezentrale und regionalverträgliche Biogaserzeugung in bäuerlichen Strukturen

Über Umfang, Ausgestaltung und Zukunft der Erzeugung von Agrogas gibt es eine heftige gesellschaftliche und auch inner-landwirtschaftliche Debatte. Sie bezieht sich vor allem auf den massiven Einsatz von Mais in den Anlagen und die Folgen des steigenden Maisanbaus auf Region, Landschaft, Boden und Grundwasser. Auf dem Prüfstand steht aber auch die Ausgestaltung der staatlichen Förderung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) – vor allem hinsichtlich der Steuerungswirkungen durch die jeweiligen Höhen der Einspeisevergütung, der Begünstigung unterschiedlicher Größen von Agrogasanlagen und einer undifferenzierten Förderung nachwachsender Rohstoffe (Nawaros), mit der Mais, Getreide-Ganzpflanzensilage oder Zuckerrüben begünstigt werden.

eine klimafreundliche Erzeugung von Agrogas andererseits eine wichtige, wenn auch begrenzte Ergänzung von Energie-Einsparung und von solaren und anderen erneuerbaren Energiequellen sein: Die Agrogas-Erzeugung kann zeitlich variabel gesteuert werden, Agrogas kann mit seiner Speicherfähigkeit die saisonalen und wetterbedingten Schwankungen bei Wind und Sonne ausgleichen. Diese Fähigkeit, Biomasse als zusätzliche lastabhängige Regelenergie einzusetzen, wird bisher ungenügend genutzt. Eine dezentrale Agrogas-Erzeugung in bäuerlicher Hand kann die Ressourcen besonders effektiv nutzen und zudem die bislang marktbeherrschende Position monopolistischer Energiekonzerne hier deutlich einschränken. Agrogas kann insbesondere

bei Anbau, Gas- und Stromerzeugung und der damit gekoppelten Wärmenutzung können und müssen diese Bilanzen kontinuierlich verbessert werden. Voraussetzung für erfolgreiche Bilanzen sind dezentrale, betrieblich der Fläche und dem Viehbestand angepasste Anlagen.

Reststoffe und ohne Gentechnik

Vor allem der Einsatz von Reststoffen wie Mist und Gülle in Agrogasanlagen mindert klimaschädliche Emissionen von Methan und Ammoniak sowie Geruchsbelästigungen. Impulse aus dem EEG für die Entwicklung und die Investition in kleinere Anlagen bis 50 kW, die Mist, Gülle und Reststoffe aus bäuerlicher Viehhaltung verwerten, sind deshalb dringend erforderlich. Nur mit diesen Anlagen kann zusätzliches Einkommen mobilisiert werden. Gentechnisch veränderte Pflanzen dürfen auch in Agrogasanlagen nicht eingesetzt werden.

Dezentrale bäuerliche Strukturen

Eine dezentrale Strom- und Wärmeerzeugung ist besonders klima- und kosten-effektiv und zudem krisenfest. Sie sorgt dafür, dass die Wertschöpfung in den Regionen verbleibt und entlastet überregionale Stromnetze. Nachhaltig und gesellschaftlich akzeptiert sind nur dezentrale Agrogas-Anlagen von begrenzter Größe auf bäuerlichen Betrieben, die im Rahmen von Betriebskreisläufen und ohne energieaufwändige Ferntransporte der eingesetzten Substrate arbeiten. Zur Stützung dieser Strukturen sind gestaffelte Förderbedingungen unerlässlich, die eine deutlich höhere Grundförderung für kleinere Anlagen beinhalten.

Die ABL fordert insbesondere eine Staffel im EEG bei 50 KW. Sie sichert die Verwertung von Mist, Gülle und Reststoffen aus bäuerlicher Tierhaltung. Solche Anlagen sind besonders klimaeffektiv, nutzen die Wärme im Betrieb und schaffen keinen Flächenbedarf auf dem Bodenmarkt.

Die Privilegierung für Landwirte beim Bau von Agrogasanlagen bis 500 kW im Außenbereich ist zu erhalten, soweit die Flächen in Anlagennähe zur Verfügung stehen. Bei größeren Anlagen und bei Anlagen von Nichtlandwirten ist weiterhin eine Bauleitplanung erforderlich, hierbei ist die planungsrechtliche Position der Gemeinden zu stärken.

Kein agrarindustrielles Agrogas

Agrarindustrielle Großanlagen von gewerblichen Investoren und monopoli-

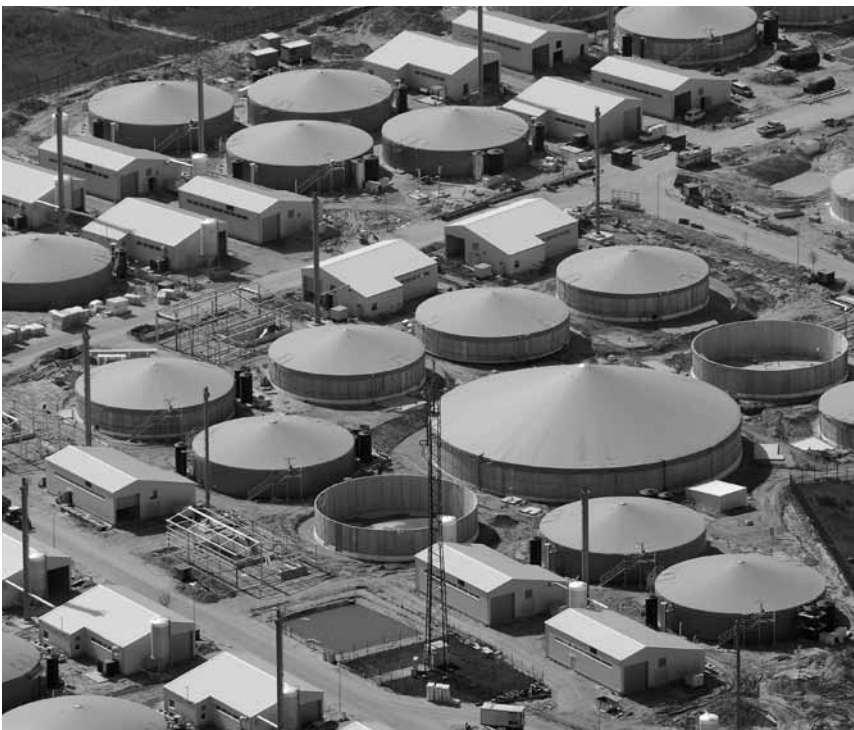
stischen Energiekonzernen erfüllen die obigen Struktur- und Nachhaltigkeits-Anforderungen nicht, sind deshalb baurechtlich nicht zu privilegieren und nicht zu fördern. Dies gilt auch für Anlagen, bei denen Landwirte als Stroh-männer eingeschaltet werden. Das rechtliche Splitting von Großanlagen in mehrere nur scheinbar kleinere Anlagen, das dem Unterlaufen des Anlagenbegriffs dient, darf bei Genehmigung und Förderung nicht anerkannt werden. Der Einsatz von Gülle und Trockenkot aus agrarindustriellen Anlagen ist aus strukturellen, seuchenrechtlichen und tierschutzrechtlichen Gründen nicht zu begünstigen. Die Förderung der Einspeisung von gereinigtem Agrogas in die Gasnetze ist derzeit vor allem ein Instrument zur Begünstigung der großen Energiekonzerne. Durch ein Gas-Einspeisegesetz sind Modalitäten und Vergütungen so zu gestalten, dass dezentrale bäuerliche Anlagen gefördert werden.

Umweltverträgliche Rohstoffe

Der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen für Agrogasanlagen muss nachhaltig sein und deshalb auf mindestens dreigliedrigen Fruchtfolgen und ressourcenschonenden Produktionsverfahren beruhen. Agrogasanlagen sollen nur genehmigt und gefördert werden, wenn der Anteil eines pflanzlichen Substrats begrenzt ist, bspw. auf 50 Prozent Mais. Die Entwicklung des Einsatzes anderer Kulturpflanzen muss durch einen differenzierten Bonus im Wettbewerb gestärkt werden.

Investitionsförderungen und Bonuszahlungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sind so auszugestalten, dass keine „Vermaisung“ von Regionen eintritt und dass auf dem Pachtmarkt keine Verdrängung anderer Betriebe stattfindet. In bestimmten Regionen mit hoher Dichte von Agrogasanlagen, Tieranlagen oder angespanntem Pachtmarkt sind raumordnerische Mittel sinnvoll.

Durch neue Techniken beim Gas-transport zwischen Agrogasanlage und Verstromungs-Aggregat ist es möglich, Agrogasanlagen anwohnerfreundlich auch in deutlicher Entfernung vom Ort zu bauen und dennoch Verluste bei der Wärme-Versorgung der Orte zu vermeiden. Vorbehalte der Anwohner und kommunalen Gremien sind ernst zu nehmen und – auch im Interesse der Gesamt-Akzeptanz von Agrogas – zu berücksichtigen. en



Industrialisierte Biogaserzeugung ist ein Irrweg!

Foto: BioEnergie AG

In Zusammenhang damit sehen sich in vielen Regionen Landwirte durch hohe Pachtpreis-Angebote von Agrogas-Produzenten auf dem Pachtmarkt bedroht. Schließlich gibt es auch Bedenken hinsichtlich der Konkurrenz bei der Nutzung von Flächen zwischen Energie- und Nahrungsmittelerzeugung und auch hinsichtlich möglicher Grünland-Umbrüche zum Anbau von Mais. Gentechnik-Lobbyisten versuchen, den Non-Food-Anbau von Mais für Agrogasanlagen als Einfallstor für Gentechnik-Sorten zu nutzen.

Variabel und speicherfähig

In der Energiewende, weg von nuklearen und fossilen Brennstoffen, kann

Reststoffe im Rahmen betrieblicher Kreisläufe umweltfreundlich verwerten. Agrogas-Erzeugung muss auf einer nachhaltigen Landbewirtschaftung und einer bäuerlichen Tierhaltung beruhen und die ländlichen Regionen stärken statt belasten.

Nachhaltigkeit und Bilanzierung

Voraussetzung für die Entwicklungsimpulse aus dem EEG für die Erzeugung von Agrogas sind positive Klima-, Energie-, Öko- und Kohlenstoff-Bilanzen für die angewendeten Rohstoffe und Verfahren, die deren Wirkungen auch auf Humusgehalt, Bodenstruktur und Bodenleben umfassend darstellen. Durch die Verbesserung der Techniken

Regierung übergibt Bioenergieerzeugung an Konzerne

Mittelständische und bäuerliche Wirtschaftspotentiale werden den Interessen der Stromkonzerne geopfert

Zum 1. Januar 2012 soll ein überarbeiteter Erneuerbare Energiengesetz (EEG) in Kraft treten. Brach liegende Potentiale erneuerbarer Energien sollen zur Marktreife geführt werden. Die Novellierung des EEGs soll schon im Energiewendepaket der Bundesregierung am 9. Juni im Bundeskabinett entschieden werden. Aus Sicht der bäuerlichen Landwirtschaft lassen die Vorschläge des Bundesumweltministeriums unter Norbert Röttgen wenig Gutes erwarten.

Bioenergie lastgerecht

Zuerst zum Guten: Biogas ist speicherbar und es ist viel zu schade, um als Grundlastenergie verbrannt zu werden. Neben der Marktprämie soll eine Kapazitätskomponente eingeführt werden, die für zehn Jahre gilt und jährlich 130 Euro je KW zusätzlich bereitgestellter Leistung beträgt. Ob das ausreichen wird, damit zusätzliche Investitionen für Gasspeicher, Motorenkapazität und Wärmespeicher rentierlich werden, bleibt fragwürdig. Sicher gestellt werden muss, dass auch Altanlagen diese Möglichkeit wahrnehmen können.

Eine Befreiung von der Wärmenutzung ist bei einem Einsatz von 60 Prozent Gülle bezogen auf die Mengenbilanz geplant. Damit würden auch Anlagen, die nur ca. 10 Prozent der Energie aus Gülle beziehen von der Verpflichtung zur Wärmenutzung befreit. Sinnvoller wäre es, ab 60 Prozent aus Gülle gewonnener Energie eine Übergangszeit zuzulassen. Anlagen, die in einem Mix mit z.B. Mais über 90 Prozent Gülle, bezogen auf die Menge, vergären, würden auf diese Weise gefördert. Eine Befreiung allein aufgrund lastgerechter Einspeisung ist nicht zu rechtfertigen.

Zwei Rohstoffklassen

Klasse 1: 6 Cent gibt es bei Anbaubiomasse wie Mais, GPS, Rüben, Gras. Das wäre 1 Cent weniger wie bisher bei Anlagen bis 500 KW. Größere Anlagen bis 5 MW profitieren und bekommen statt der bisherigen 4 Cent auch 6 Cent. Während bisher die Staffeln abgesichert haben, dass sich die Nutzung von Biogas in mittelständischen, regionalen, bäuerlichen Strukturen entwickelt hat, wird mit dieser Änderung die Erzeugung von Biogas den großen En-

setzen. Um einen Anreiz für Entwicklungsimpulse in der Anlagenentwicklung und Investitionen für die Reststoffnutzung auszulösen, müsste die Differenz zwischen den Rohstoffklassen 1 und 2 vier Cent betragen.

Das größte ungenutzte Potential mit zusätzlich positiven Klimaeffekten hat die Nutzung von Mist und Gülle, sowie von Zwischenfrüchten und Grünschnitt aus Fruchtfolgegliedern. Auf die Tierzahl und die betriebsintern verfügbaren Grüngutmengen abgestimmte Anlagen wurden aufgrund der fehlenden Förderungen nicht weiterentwickelt.

Die neuen Staffeln in der Grundvergütung geben keine Impulse für bäuerliche Anlagen, die auf Verwertung von Gülle, Grün- und Reststoffe setzen.

Die gestaffelten Vergütungen haben bisher sichergestellt, dass Biogas nicht in industrielle Großanlagen abgewandert ist. Allerdings fehlt aber auch in diesem Gesetzentwurf eine Staffel bei 50 KW. Für viele viehhaltende Betriebe oder für solche, denen der Grünschnitt aus der Fruchtfolge zur Verfügung steht, wäre eine Nutzung in einer dezentralen Anlage möglich. Erst die Nachfrage würde bei den Anlagenbauern zu einer Weiterentwicklung und Serienfertigung dieser Anlagengröße (bis 50 kW) führen. In der Folge würden die Anlagen kostengünstiger werden. In einer 50 KW Anlage würden bei überwiegender Einsatz von Gülle ca. 160 GV, also 100 Kühe und Nachzucht und etwas Nawaro zum Nachsteuern als Energiegrundlage genügen.

Wer wird gefördert?

Für den Betrieb der verbreiteten Biogasanlage von 500 KW sind dagegen Bestandsgrößen von ca. 1.000 Kühen und Nachzucht notwendig. Soll die Struktur der Betriebe, zu den gängigen Biogasanlagenklasse um 500 KW passen, so wurde eine industrielle Tierhaltung ohne Weidehaltung gefördert.

Die Biogasanlagenentwicklung muss sich an den lokal abgestimmten, dezentralen Betriebsstrukturen einer nachhaltigen Landbewirtschaftung ausrichten. Nur so wird eine verbreitete Reststoffnutzung auf den Betrieben ohne zusätzliche Transporte und mit hohen Klimaeffekten umgesetzt werden können. Mit dem EEG soll keine Einkommenspolitik für die Landwirtschaft erfolgen. Vielmehr muss das EEG als wichtigstes und effektivstes Element der Energiewende Ziele wie Biodiversität, Tierschutz und nachhaltige Strukturen berücksichtigen.

Die elektrische Leistung von zwei

AKWs kann bei einer Entwicklung ausgereifter kleinerer Anlagen um die 50 KW allein durch die Nutzung der Gülle erschlossen werden. Das Leistungsangebot wäre auch steuerungsfähig zu gestalten. Hinzu kommen die Vorteile: hohe Klimawirkung, geringe bis keine zusätzlichen Transporte und zusätzliche Einkommen in ländliche Regionen, da Reststoffverwertung mit keiner anderen Erzeugungen konkuriert. Wer sein Biogas ins Netz einspeist soll zukünftig nur noch einen Bonus von zwei Cent bekommen. Entwicklungen von Technologien wie dem Microgassystemen werden dadurch nicht unterstützt

Nachhaltigkeit?

Nicht vorgesehen ist eine Nachhaltigkeitsverordnung für die Rohstoffe, die nach dem EEG begünstigt werden. Hier könnten sich Kriterien wie die Klimabilanz und Biodiversität, die Energieeffizienz sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklungen wiederfinden.

Bei der Biomassennutzung liegen positive und negative Auswirkungen sehr nahe beisammen. Das hat anscheinend auch Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner erkannt. Sie fordert in ihrem Positionspapier sowohl eine Staffel bei 75 KW als auch langfristig eine Nachhaltigkeitsverordnung. Nur ob sie im Kabinett gehört findet schein fraglich.

Es ist erstaunlich, dass das Bundesumweltministerium diesen Entwurf vorlegt, liefert das so geplante neue EEG die Biogaserzeugung doch den großen Energiekonzernen aus. Ist die Bundesregierung wirklich bereit, diesen Preis für die schnellere Abschaltung der Atomkraftwerke zu zahlen?

Forderungen sind:

- Staffel in der Grundvergütung bei 50 KW, um das große Reststoffpotential landwirtschaftlicher Betriebe dezentral erschließen zu können.
- wirksame Abstufung beider Rohstoffklassen bei 50 KW und bei 500 KW um jeweils zwei Cent.
- Differenz zwischen den Rohstoffklassen 1 und 2 muss mindestens 4 Cent betragen. Nur so werden die Techniken der Reststoffverwertung und der Verwertung lignuzellulosehaltiger Pflanzen in Biogasanlagen fortentwickelt.
- Biomassenachhaltigkeitsverordnung auch für Biogasrohstoffe im EEG. Die angekündigte Grenze von max. 60 Prozent Mais in neuen Biogasanlagen ist Augenwischerei.



Die richtige Förderung ist wichtig!

Foto: Redaktion

nen. Dass das Schaffen von Speicherkapazitäten die Befreiung von der verpflichtenden Wärmenutzung eröffnet, wird wieder zu Fehllokalationen bei den Investitionen führen, die in einigen Jahren kritisch bewertet werden.

Es ist vorgesehen, dass biogene Rohstoffe verschiedener Vergütungsklassen in einer Anlage verarbeitet werden. Zugleich soll es nicht mehr einen NAWARO-Bonus aufstockenden Güllebonus geben. Er hatte gerade in Veredelungsregionen zu einer defacto Förderung von Mais geführt, ohne dass überdurchschnittlich viel Energie aus Gülle oder Mist gewonnen wurde.

ergiekonzernen angedient.

Zugleich wird sich bei einer von den Kulturen unabhängigen, einheitlichen Staffel keine neue Anbauvielfalt entwickeln können. Mais und bald auch Rüben werden weiter dominieren. (Lösung könnte eine gleitende Staffel abhängig vom Anteil hochenergetischer Lebens- und Futtermittelpflanzen wie Mais und Zuckerrüben sein)

Klasse 2: 8 Cent gibt es beim Einsatz von ökologisch besonders vorteilhaften Stoffe, wie: Gülle, Mist, Stroh und Landschaftspflegematerial. Dieser Bonus soll den ehemaligen Landschaftspflegebonus sowie den Güllebonus er-

Bei der aktuellen Reform der EU-Agrarpolitik spielt neben der ökologischen Qualifizierung auch die gerechtere Verteilung der Direktzahlungen eine wichtige Rolle. Nach der EU-Kommission haben sich nun auch die Agrarpolitiker im EU-Parlament fast einstimmig dafür ausgesprochen, ab 2014 Obergrenzen je Betrieb einzuziehen und dabei die Arbeitskräfte zu berücksichtigen – eine langjährige Forderung der AbL. In Deutschland schlagen mittlerweile sechs Bundesländer Ähnliches vor. Der bayerische Minister hat gerade eine Verteilung von Zahlungen nach kalkulatorischen Norm-Arbeitskräften ins Spiel gebracht und damit einen Vorschlag der AbL Bayern aufgegriffen. Wie die verschiedenen Ansätze wirken und einzuordnen sind, haben wir den AbL-Vorsitzenden Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf gefragt. Über ein Forschungsprojekt aus Kassel zu diesen und weiteren Vorschlägen berichten die Wissenschaftler.



Dass wir unser Ziel erreichen, ist entscheidend

Direktzahlungen zu differenzieren und dabei Arbeitskräfte zu berücksichtigen, findet wachsenden Zuspruch. Der AbL-Vorsitzende richtet den Blick auf politische Zielsetzungen und Möglichkeiten

Bauernstimme: Europa bereitet die nächste Reform der EU-Agrarpolitik vor. Der AbL-Vorschlag, die Direktzahlungen zu staffeln und dabei die Arbeitskräfte zu berücksichtigen, findet wachsende Unterstützung. Agrarkommissar Ciolos hat ihm aufgegriffen, das EU-Parlament soeben auch, und in Deutschland befürworten mittlerweile fünf Länderminister ähnliches. Es läuft nicht schlecht, oder?

Graefe zu Baringdorf: Gezählt wird zum Schluss. Die Bundesregierung, d.h. letztlich Frau Merkel, wird alles versuchen, jegliche Ansätze einer Stafflung zu verhindern. Die Entscheidung fällt am Ende zwischen EU-Parlament und Ministerrat. Wie das ausgeht, ist noch offen. Da braucht es noch einigen Druck, insbesondere auf Berlin – auch deshalb gibt es jetzt die Trecker-Sternfahrt. Für die AbL ist es eine unserer Kernforderungen zur EU-Agrarpolitik, bei den Direktzahlungen, also bei der Vergabe von Steuergeldern die Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten bäuerlicher Betriebe und bäuerlich-ökologischer Wirtschaftsweisen auch in großen Betrieben zu beenden. Dazu haben wir in den letzten Jahren unterschiedliche Vorschläge gemacht, die sich auf die jeweiligen politischen Situationen und Prozesse bezogen haben. Aber der Kern ist bis heute gleich. Es zeigt sich, dass es sich lohnt, an einer Sache dran zu bleiben, auch wenn manche da zwischenzeitlich schon auf Distanz gegangen waren.

Selbst in der AbL gibt es jetzt unterschiedliche konkrete Vorschläge. Die AbL Bayern hat einen anderen Ansatz gewählt als die Bundesebene.

Ja, aber beide Ansätze verfolgen das glei-

che Ziel und können sich sehr gut ergänzen. Sie haben jeweils einen konkreten politischen Hintergrund. Der aktuelle Vorschlag der Bundes-AbL ist eine Antwort auf die Vorschläge von EU-Kommissar Ciolos vom November 2010. Ciolos hatte vorgeschlagen, eine Obergrenze für die sogenannte Basisprämie einzuführen, wobei große Betriebe mit vielen Arbeitskräften nicht benachteiligt werden sollten. Dazu sollten die Lohnkosten berücksichtigt werden. Konkreter wurde er nicht, aber der Widerstand formierte sich sofort. Also haben wir zu diesem Kommissions-Ansatz einen konkreten Vorschlag formuliert, der argumentativ nur schwer auszuhebeln ist.

Wie sieht der aus?

Wir schlagen vor, die Direktzahlungen der Basisprämie auf maximal 150.000 Euro je Betrieb und Jahr zu begrenzen. Von dieser Obergrenze betroffene Betriebe erhalten die Möglichkeit, die Kürzung auf Antrag um 50 Prozent ihrer tatsächlichen sozialversicherten Lohnkosten zu reduzieren. Die Obergrenze vermindert die Wettbewerbsverzerrung zu Lasten kleinerer und mittlerer bäuerlicher Betriebe. Wir wollen aber auch große Betriebe mit einer bäuerlichen Arbeitsverfassung und bäuerlich-ökologischer Wirtschaftsweise nicht durch eine Obergrenze benachteiligen. Treffen wollen wir die rationalisierte agrarindustrielle Produktion.

Die AbL Bayern schlägt vor, bei der Vergabe der Direktzahlungen in Deutschland den Faktor Arbeit nicht nur oberhalb einer Obergrenze zu berücksichtigen, sondern insgesamt.

Die Bayern setzen mit ihrem Vorschlag bei einer anderen politischen Entwicklung an.

Auch in Bayern ist eine andere Berechnung der Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft (Unfallversicherung) eingeführt worden. Die Beiträge werden nicht mehr rein pro Hektar erhoben, sondern jetzt wird der kalkulatorische Arbeitszeitbedarf der einzelnen Betriebe mit berücksichtigt. Damit zahlt ein Milchviehbetrieb mehr als ein reiner Ackerbaubetrieb mit gleicher Hektarzahl, und ein 50-Kuhbetrieb zahlt, gemessen am Hektar, mehr als ein 1.000-Kuhbetrieb.

Da wäre es doch nur folgerichtig, dieses System auch bei den Direktzahlungen anzuwenden.

Ja. Es gibt keinen vernünftigen Grund, das nicht zu tun, aber es gibt erhebliche wirtschaftlich-politische Interessen, die dagegen stehen. Das System der Berufsgenossenschafts-Beiträge auf die Direktzahlungen zu übertragen, würde zu deutlich mehr Umverteilungen zwischen Betrieben führen als der Ansatz von Ciolos. Es würde dann nicht nur bei den rationalisierten flächenstarken Ackerbaubetrieben gekürzt, sondern die kleineren und mittleren Betriebe mit arbeitsintensiver Tierhaltung oder Feldgemüsebau würden noch einen Zuschlag, also mehr von den Direktzahlungen bekommen als heute. Der entscheidende Unterschied liegt darin, dass bei der Berufsgenossenschaft die kleinen Betriebe und die Tierhalter mehr zahlen sollen. Sie sollen mehr zahlen und nicht mehr bekommen. Dieses System, wo die kleinen zur Kasse gebeten werden, unterstützt der Bauernverband, in der Umkehrung ist er strikt dagegen.

Das aufzugreifen und den Spieß umzudrehen ist doch schlau!

Ja, das ist sehr pfiffig und zeigt, wie

wach und kreativ die AbL in Bayern ist. Wir müssen nur aufpassen, nicht zu sehr in Systemen zu denken. Ein System ist immer bestimmten Interessen geschuldet. Ein Modell mit kalkulatorischen Arbeitszeiten kann man so oder so ausgestalten. Bei den Direktzahlungen werden bestimmte Interessen versuchen, für eine kalkulatorische Norm-Arbeitskraft den Zeitbedarf der jeweils rationalisier-testen Betrieben heranzuziehen. Dann landet man für einen 30-Kuhbetrieb nicht bei einer Arbeitskraft, sondern bei einer Drittel- oder nur einer Viertel-Norm-Arbeitskraft. Es ist eben ein Unterschied, ob ein Modell jemandem etwas nehmen oder geben soll.

Empfehlen Sie also, auf Vorschläge wie vom bayerischen Minister Brunner nicht einzugehen, der bei der Verteilung der Direktzahlungen Norm-Arbeitskräfte berücksichtigen will?

Nein. Das unterstützen wir, solange es nicht gegen den Vorschlag von Ciolos gerichtet wird, auf EU-Ebene den Arbeitskraftbezug überhaupt erst einmal zu verankern. Die Wahrscheinlichkeit, den bayerischen Ansatz jetzt EU-weit einzuführen, ist äußerst gering, viel geringer als eine Stafflung mit Arbeitskraftbezug zu erreichen. Es geht jetzt darum, die Tür zu öffnen und die Ausgangsbasis für die weitere notwendige Umgestaltung der Agrarpolitik zu schaffen. Wir dürfen uns nicht täuschen: Die Widerstände dagegen sind gewaltig. Mit unserer gemeinsamen Zielsetzung in der AbL geht es den bisherigen Profiteuren richtig an die Substanz.

Vielen Dank für das Gespräch

Direktzahlungen sozial gerechter gestalten

EU-Projekt analysiert Strategien für Beschäftigungsanreize in der Gemeinsamen Agrarpolitik. Die Projektnehmer/innen berichten

Die europäische Agrarpolitik bindet die Direktzahlungen sehr einseitig an die Fläche. Vor allem arbeitsexensiv wirtschaftende, flächenstarke Betriebe werden begünstigt. Die Tierhaltung bleibt weitgehend unberücksichtigt. Das führt zu sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichten.

Eine sozial gerechtere Agrarpolitik

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL) hatte bereits Ende der 1990er Jahre einen Vorschlag gemacht, wie Direktzahlungen gestaffelt und dabei der Umfang der auf den Betrieben geleisteten Arbeit in die Berechnung mit einbezogen werden kann. Dieser Ansatz wurde und wird von vielen Verbänden unterstützt und hat in aktualisierter Form beispielsweise Eingang in das sogenannte „Plattform-Papier“ gefunden – einem Positionspapier zur EU-Agrarreform, das von 28 deutschen Verbänden aus Landwirtschaft, Umweltschutz, Tierschutz und Entwicklungspolitik gemeinsam erarbeitet wurde.

Spiel gebracht wurde (z.B. 300.000 € pro Betrieb), hat die AbL nun im Rahmen der aktuellen Diskussion einen Vorschlag in die politische Diskussion gebracht, der eine Kappungsgrenze von 150.000 € vorsieht und dann wie im ursprünglichen Modell eine Kompensation der Kürzung durch einen Nachweis von sozialversicherungspflichtigen Lohnkosten ermöglicht.

Die Debatte ist aber sehr grundsätzlich in Bewegung gekommen. Bereits 2006 hatte eine Gruppe nordhessischer AbL-Bauern ein Modell entwickelt, das vollständig von der Berechnung der Direktzahlungen über die Fläche abrückt und Arbeitskosten in den Mittelpunkt der Berechnungen stellt. Die AbL-Bayern hat nun ein Modell diskutiert, in dem die Arbeitszeit (in Anlehnung an den kalkulatorischen Arbeitsbedarf der Betriebe nach den Standardberechnungen der Berufsgenossenschaften) in Abhängigkeit von Produktionsverfahren (kultur- und viehartspezifisch) und Produktionsumfang (Hektar/Tierzahl) als Bemessungsgrundlage dient. Sie sieht

unterschiedliche Vorgehensweisen vorgeschlagen, um den Arbeitsbezug von Direktzahlungen herzustellen (siehe Tabelle 1). Zwei Reformwege fordern eine grundsätzliche Neuausrichtung der Bemessungsgrundlagen für die Direktzahlungen. Der erste Weg bezieht sich auf die Arbeitszeit, der zweite auf die Arbeitskosten. Der dritte Weg bleibt bei der Berechnung auf der Grundlage der bewirtschafteten Fläche; eine gerechtere Verteilung wird durch arbeitsbezogene Korrekturfaktoren erreicht. Das Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V. hat zwei Modelle in die Diskussion eingebracht (1.a. und 2.) und dankt an dieser Stelle den zahlreichen in der AbL organisierten Betrieben, die sich dafür an einer Befragung beteiligt haben.

Verschiedene Ansätze

Die Projekt-Teilnehmer aus den verschiedenen Ländern plädierten angesichts der sehr unterschiedlichen Situation in den 27 Mitgliedsstaaten dafür, auch zukünftig mehrere arbeitsbezogene Modelle zu diskutieren und ihre besonderen Vor- und Nachteile sowie ihre Praxistauglichkeit herauszuarbeiten. Damit die positiven Wirkungen einer Bindung der Direktzahlungen an soziale Dimensionen auf nationaler Ebene besser ausgeschöpft werden, könnte es vorteilhaft sein, wenn durch die EU nur ein Rahmen vorgegeben würde, die Mitgliedstaaten jedoch selbst entscheiden, welche konkreten Modelle sie nutzen.

und wirken gegen Schwarzarbeit und niedrige Löhne. Es werden auch die Arbeitskosten für Familienarbeitskräfte errechnet, familienbetrieblich organisierte Milchviehbetriebe werden genauso wie andere Viehhaltungsbetriebe und Betriebe mit tier- und umweltgerechten Produktionsformen gestärkt.

- Die Korrekturmodelle bieten wichtige soziale Komponenten für größere, personalintensive Betriebe und verhindern deren Benachteiligungen bei einer Staffelung oder Deckelung der Direktzahlungen. Diese Modelle betreffen vor allem beschäftigungsstarke größere Viehhaltungs- und Verbundbetriebe in osteuropäischen Ländern und Ostdeutschland.

Flächenmodell hinterfragen

Noch nehmen die Faktoren Arbeit und Beschäftigung eine Außenseiterrolle in der agrarpolitischen Diskussion ein. Als ersten Schritt zur EU-Agrarreform 2013 sind sicher die Korrekturmodelle wie das AbL-Modell wegweisend. Für die Zeit bis zur Reform 2020 gilt es, das Flächenmodell grundsätzlicher in Frage zu stellen und dafür politische Bündnisse innerhalb der Mitgliedsstaaten und EU-weit aufzubauen.

*Karin Jürgens, Frieder Thomas, Onno Poppinga, Heiner Gröschner
Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V.*

Ziel des AbL-Vorschlags

Die Art und Weise, wie Direktzahlungen bisher in der EU berechnet werden, führt zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Betrieben. In Deutschland gehen 30 Prozent aller EU-Direktzahlungen an die nur 1,6 Prozent der Betriebe, die pro Jahr mehr als 100.000 Euro erhalten. Aber auch diejenigen flächenstarken Betriebe, die bäuerlich strukturiert sind bzw. bäuerlich-ökologisch wirtschaften, sind im heutigen System benachteiligt. Während große rationalisierte Ackerbaubetriebe umgerechnet auf über 100.000 Euro je Arbeitskraft kommen, erhalten bäuerliche Betriebe nur ein Zehntel davon je Arbeitskraft. Mit ihrem Vorschlag für die EU-Agrarreform will die AbL diese Wettbewerbsverzerrungen spürbar verringern. uj

Nicht zuletzt diese (Vor-)Arbeit hat dazu geführt, dass das Thema überhaupt Eingang in die europäische Agrardebatte gefunden hat. Die AbL hatte ein Modell vorgestellt, bei dem die Direktzahlungen weiterhin zunächst anhand der bewirtschafteten Fläche berechnet, dann progressiv gekürzt und anschließend die Kürzungen aber anhand von arbeitsbezogenen Kriterien korrigiert werden sollen:

- bis 30.000 € kürzungsfrei
- 30.000 bis 100.000 € Kürzung um 25 %
- 100.000 € Kürzung um 50 %
- über 200.000 € Kürzung um 75 %

Dabei soll den von dieser Staffelung betroffenen Betrieben die Möglichkeit eingeräumt werden, 50 Prozent ihrer tatsächlich anfallenden sozialversicherten Lohnkosten in Ansatz zu bringen. Angesichts der sehr pauschalen Kappungsgrenze, die von anderer Seite ins

durch das bisherige System gerade bäuerliche Betriebe mit Viehhaltung benachteiligt und fordert eine für alle Betriebstypen gerechtere Verteilung der Direktzahlungen (die *Bauerstimme* berichtete in 04/2011). Mittlerweile liegen aus mindestens sechs europäischen Mitgliedsstaaten Vorschläge für soziale und beschäftigungspolitische Gestaltungsimpulse in der EU-Agrarpolitik vor.

Drei Modelle

Analyse und Vergleich von drei Wegen. Angesichts der aktuellen Situation werden in diesem von der EU geförderten Projekt die verschiedenen Vorschläge verglichen, ihre unterschiedlichen Wirkungen auf die landwirtschaftlichen Betriebe abgeschätzt und Vorschläge für ihre praktische Umsetzung erarbeitet (siehe Kasten).

Derzeit werden drei in ihrem Prinzip

Erste Ergebnisse

- Die Gewährung von Direktzahlungen anhand von Normarbeitszeiten zielt auf eine Stärkung arbeitsintensiver Produktionsverfahren und ermöglicht so auch die Berücksichtigung von Betrieben ohne lohnabhängige Mitarbeiter. Ungerechtigkeiten zwischen landwirtschaftlichen Betriebstypen mit unterschiedlich hohem Arbeitsbedarf werden ausgeglichen. Das Modell wertet die Bewirtschaftung von Grünland auf. Die Einkommensbedingungen arbeitsintensiver Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe (z.B. Milchvieh- und Sonderkulturbetriebe, Bergbauernbetriebe) verbessern sich im Vergleich zu anderen Betrieben.

- Direktzahlungen, die die Kosten der Arbeit auf den Betrieben zum Kriterium der Förderung machen, fördern personalintensive Betriebe egal welcher Größe. Sie geben direkte Beschäftigungsimpulse, sichern Arbeitsplätze

EU-Projekt:

Wie sich die Agrarförderung verbessern lässt, untersuchen das Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V. (KI) gemeinsam mit dem Institut für nachhaltige Regionalentwicklung (Peco-Institut e.V.) und der Gewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) im Rahmen eines EU-Progress-Projekts. Landwirte, landwirtschaftliche Verbände, Agrarwissenschaftler und Agrargewerkschaften aus Deutschland, Österreich, Rumänien, Frankreich und Tschechien sind an diesem Projekt beteiligt. Im Vordergrund steht der Austausch über Vor- und Nachteile von Ansätzen, die EU-Agrargelder stärker an Beschäftigung und Arbeit zu binden.

Der Preis der Sojabohne

Eine Kleinbäuerin berichtet wie der Sojaanbau in Paraguay die einheimische Bevölkerung bedroht

Die Kleinbäuerin und Aktivistin Ester Leiver erzählt über ihren Kampf für eine gerechte Landverteilung in ihrem Land Paraguay. Im Rahmen des Projektes „Vom Acker in den Futtertrog“ fand am 19. Mai eine Veranstaltung mit ihr und ihrer Übersetzerin Steffi Holz sowie Bernd Schmitz, Vorsitzender der AbL-NRW, in Neunkirchen statt. Ester Leiver und Steffi Holz sind bis zum 9. Juni auf „Soja-rundreise“ in der Bundesrepublik und informieren über die Auswirkungen der Sojamonokulturen in Paraguay.

unabhängige Bauernstimme: Welche Bedeutung hat die Landwirtschaft in Paraguay?

Ester Leiver: Für die Landbevölkerung, also zumeist für die typischen Campesinos, ist es die Möglichkeit, sich selbst zu versorgen im Gegensatz zum großflächigen Sojaanbau. Ungefähr 50 Prozent der Bevölkerung lebt nach wie vor auf dem Land und ist auch darauf angewiesen, selber zu produzieren.

Wie sieht es mit der Landverteilung in Paraguay aus?

Paraguay weist eine der ungerechtesten Landverteilungen weltweit auf. Drei Prozent der Bevölkerung verfügen über 86 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche, anders ausgedrückt, 27 Familien bestimmen über den Großteil der Fläche, die vorhanden ist. Dem gegenüber gibt es über 300.000 landlose Familien. Der Ausweg für die, die kein Land bekommen, ist z.B. die Migration in andere Länder oder in die Städte. Dort leben die meisten dann unter schlechten Bedingungen. Deshalb fordern wir ja auch eine Agrarreform. In der Verfassung ist zwar für jeden das Recht auf ein Stück Land verbürgt, aber in der Realität sieht dies ganz anders aus.

Gibt es Unternehmen, die im Landwirtschaftsbereich eine besondere Bedeutung haben?

Es gibt sechs große Firmen, die weltweit agieren und auch in Paraguay kräftig verdienen. Das sind z.B. ADM,

Cargill, Bunge und auch Monsanto. Diese bestimmen im Großen und Ganzen, was angebaut wird, und haben auch teilweise eigene Flächen.

Gibt es bei Ihnen Fälle von land grabbing?

Das Problem des land grabbing ist ein sehr großes und auch schon lange bekannt. Dadurch dass es keinerlei gesetzliche Beschränkungen gibt, wie viel Land gekauft werden darf, kommen ausländische Investoren, um Land im großen Stil zu pachten oder zu kaufen. Darunter sind viele Brasilianer, aber auch Deutsche.

Die Campesinos besitzen zum Teil Land, können dies aber möglicherweise nicht nachweisen. Werden sie dann einfach von ihrem Land vertrieben?

Es ist tatsächlich so, dass viele Campesinos Land besitzen, dies nicht nachweisen können und relativ einfach vertrieben werden können. Generell sind zwei wichtige Gründe der Vertreibung von Kleinbauern zu nennen: Das eine ist, dass sie die Pestizidbelastung der Produktion von Soja in Monokulturen nicht mehr vertragen. Deswegen geben viele auf und gehen weg, weil auch ihre Felder in Mitleidenschaft gezogen werden. Und das andere ist die Verführung des Geldes, weswegen die Kleinbauern ihr Land verkaufen.

Wie hoch ist der Anteil von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) und bei welchen Kulturen?

Gentechnisch verändertes Saatgut wird mittlerweile zu fast 90 Prozent verwendet, in erster Linie für Soja und Mais.

Werden GVOs auch von Campesinos angebaut?

In der Tat spielen GVOs auch bei Campesinos eine Rolle, wenn sie Soja anbauen. Sie bekommen ja auch einen Eindruck von den Gewinnspannen, die sich bei den Großgrundbesitzern erzielen lassen. Soja lohnt sich aber tatsächlich nur im großen Stil. Die Folge ist, dass Kleinbauern, die z.B. drei Hektar Soja anbauen, sich durch die Kosten für Pestizide, Saatgut und Maschinen so stark verschulden, dass sie das Land verkaufen müssen.

Wenn von Sojalobbyisten gesprochen wird, wer ist damit gemeint?

Transnationale Firmen, aber auch die großen Großgrundbesitzer werden als Sojalobbyisten bezeichnet. Diese monokulturelle, hoch technisierte Landwirtschaft schafft wenige Arbeitsplätze und setzt in erster Linie auf Eigenversor-

gung und den Verkauf von überschüssigen Produkten auf lokalen Märkten.

Wenn Sie als lokale Aktivisten Widerstand leisten, wie sieht der aus und wie sind Sie vernetzt?

Es gibt eine Vielzahl von Kleinbauernorganisationen auf dem Land, die auch miteinander vernetzt sind und die gegen das Agrarmodell der großflächigen Intensivproduktion ankämpfen. Wir versuchen, so viele Campesinos wie möglich zu überzeugen, dass eine ökologische Produktion für sie eine Zukunft bietet und dadurch die Sojaausbreitung aufzuhalten ist.

Welche konkreten Beispiele des Widerstandes können Sie da nennen?

Wir versuchen, Gelder zu bekommen, um Kampagnen zu initiieren. So soll Druck auf die Regierung aufgebaut werden, um die ökologische Produktion zu unterstützen. Außerdem beteiligen wir uns an der Organisation von Landbesetzungen. In der Hauptanbau-

lich „fremdes Land“ betreten haben. Aktuell sind über 2.000 GenossInnen entweder im Gefängnis oder stehen unter Hausarrest. Dementsprechend können sie ihrer Arbeit und ihrem Engagement nicht mehr nachgehen. Dies alles nimmt auch noch in jüngerer Vergangenheit zu, z.B. durch veränderte Gesetze wie das Terrorismusgesetz, welches es sehr viel einfacher macht diese Aktivitäten zu kriminalisieren.

Wie sieht die Rolle der Frauen innerhalb der Landwirtschaft aus?

Die Frauen arbeiten wie die Männer auf dem Feld, sind aber zusätzlich für den Haushalt zuständig. Da es ein sehr starres soziales Modell in Paraguay gibt und sehr starken Machismos, führen die Frauen sozusagen eine dreifache Auseinandersetzung. Sie sind auch in den Kleinbauernorganisationen vertreten und kämpfen für die Sache wie die männlichen Genossen, indem sie z.B. Spenden organisieren oder Projekte voranbringen.

Was könnten Bauern und Bäuerinnen



Die Companieros setzen sich gemeinsam für ihre Rechte ein.

Foto: Leiver

zeit zwischen September und Januar, in der bis zu fünfmal Pestizide gesprüht werden, gibt es oft dezentrale Aktionen wie lebende Mauern, die sich den Sprühfahrzeugen in den Weg stellen.

Wie sieht es mit Repressionen gegenüber Aktivisten aus?

In dem Kampf, den wir führen, in dem wir Menschen sensibilisieren, mobilisieren und organisieren, machen wir natürlich auch die Erfahrung mit Repressionen. Wir nennen das Kriminalisierung der sozialen Kämpfe, und das sieht ganz konkret so aus, dass die führenden Aktivisten angeklagt werden. Der einzige Grund ist, dass sie angeb-

in Deutschland tun, um die Problematik in Paraguay zu entschärfen?

Solidarität ist das allerwichtigste. Wichtig ist aber auch, dass sich die Leute hier vor Ort informieren, was überhaupt in Paraguay passiert. Desweiteren sind Spenden sehr hilfreich, um unsere Arbeit zu finanzieren. Wir freuen uns aber auch über Freiwillige, die sich über unsere Arbeit vor Ort informieren und mithelfen wollen.

Vielen Dank

Christoph Dahlmann,
Projektleiter: Vom Acker in den Futtertrog
Kontakt: 02381-9053170
dahlmann@abl-ev.de

Paraguay:

Paraguay befindet sich im Herzen Südamerikas und ist mit einer Landfläche von 407.000 km² ein wenig größer als Deutschland. Der großflächige Anbau von Soja für den Export spielt eine wichtige Rolle. Paraguay ist der viertgrößte Sojaexporteur der Welt und weist eine der ungerechtesten Landverteilungen auf.

Qualitätssicherung tarnt Strukturbereinigung

Saatgut-Aufbereiter zum Audit zwangsverpflichtet

Optimierung der Produktqualität und der damit verbundenen Produktionsabläufe, ein Qualitätssicherheitssystem zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Schöne Worte, die heutzutage gerne in den Mund genommen werden. Auch von den Beteiligten der Saatgutwirtschaft – dem Bund der deutschen Pflanzzüchter, dem Verband der VO-Firmen, Raiffeisen – wenn es um „ihr“ Produkt geht, ums Z-Saatgut. Konkret wurde schon vor fünf Jahren mit der Einführung eines Qualitätssicherheitssystems geworben, auch als Reaktion auf die trotz diverser Hochglanzbroschüren nicht auszurrottende Kritik der Bauern und Bäuerinnen an der zum Teil und vor allem im Verhältnis zum Preis mangelnden Qualität des Z-Saatgutes. Saatgut-Aufbereiter sollen sich nun innerhalb dieser Qualitätsoffensive auditieren lassen, zwecks Optimierung der Produktionsprozesse.

Auditzwang

Was zunächst aussah wie eine freiwillige Maßnahme, bei der sich jeder überlegen kann, ob so etwas für den eigenen Aufbereitungsbetrieb sinnvoll ist, wird nun zum Zwang. In einem Schreiben teilten die Pflanzzüchter bäuerlichen Aufbereitern, die sich bislang noch nicht dem Audit unterzogen haben, mit, dass sie dies bitte bis 30. Juni diesen Jahres tun sollen. Verweigern sie sich, drohen die Züchter an, ihnen kein Basis-Saatgut, also keine Vermehrungsaufträge mehr zukommen zu lassen. Für viele dieser bäuerlichen Aufbereiter ist die Vermehrung von Basis- zu Z-Saatgut ein wichtiger Betriebszweig, der damit wegbrechen würde. Nun traf sich eine

Gruppe von Vermehrern und Aufbereitern von Bio-Saatgut und verfasste ein Antwortschreiben an die Pflanzzüchter, in dem sie ihre ablehnende Haltung gegenüber dem erzwungenen Audit deutlich machen. Das lassen die Züchter allerdings nicht gelten.

Strukturbereinigung

„Kein Wunder“, findet Klaus Buschmeier, selbst Aufbereiter und Vermehrer von Saatgut, schließlich gehe es eigentlich um eine Strukturbereinigung. „Die Züchter wollen die Zahl der Aufbereiter mindestens halbieren“, so höre man es sogar

öffentlich auf Veranstaltungen, sagt Buschmeier. Da komme so ein Audit gerade recht, schließlich würden sich speziell die kleineren Betriebe überlegen, ob sie Geld, Geduld und Nerven investieren in etwas, das sich unter Umständen kaum auszahlt. Es gehe mit dieser Auditierung, die in keinem Gesetz vorgeschrieben ist, um Marktmacht, ist sich Buschmeier sicher, denn es komme weniger auf die Ausrüstung eines Aufbereiters an als mehr auf den, der die Anlage bediene. Ob den allerdings ein Audit ändert, ist äußerst fraglich. cs



Freier Bauer mit freiem Saatgut.

Foto: Schweizer Brot

Nachbaugebühren erneut beim EuGH

Wieder reicht ein Oberlandesgericht das Verfahren zum Europäischen Gerichtshof in Strasbourg weiter

Die Nachbaugebühren bleiben auch auf internationaler Ebene Thema: Erneut verweist das Oberlandesgericht in Düsseldorf ein Verfahren an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Strasbourg. Diesmal handelt es sich dabei ausnahmsweise nicht um einen Prozess, der von Mitgliedern und Anwälten der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze bestritten wird. Beklagt ist eine Raiffeisengenossenschaft in ihrer Funktion als Aufbereiterin von Saatgut und damit als mögliche Informantin bezüglich des Nachbaus ihrer Kunden. Es geht den Anwälten der Genossenschaft darum, die Auskunftspflicht für die Aufbereiter zu definieren bzw. eine Auslegung der Gesetze in Bezug auf die Auskunftspflicht für Bauern und Bäuerinnen noch zu verschärfen. Bislang angenommen

und vom Bundesgerichtshof für die Bauern und Bäuerinnen so ausgelegt wurde immer, dass Anhaltspunkte, die vom Sortenschutzinhaber zwecks Auskunftersuchen vorgelegt werden, ihn dazu berechtigen, für das Vorlagejahr sowie für die drei vorangegangenen Jahre Auskunft zum Nachbau zu erlangen. Die Anwälte der beklagten Genossenschaft lesen den Gesetzestext aber so, dass nur für das laufende Wirtschaftsjahr, in dem nachgefragt wird, Auskunft erteilt werden muss.

Fragen hoch drei

Ob der EuGH das auch so sieht, fragt nun das OLG Düsseldorf nach. Auch die zweite Frage des Gerichts ist eine Verschärfung im Sinne der Aufbereiter. Da geht es nämlich darum, ob die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV)

bereits bei der Vorlage der Anhaltspunkte auch jene Belege vorlegen muss, aus denen sich die Anhaltspunkte ergeben, oder ob sie die – wie sie es bisher tut – erst im Gerichtsverfahren aus dem Hut zaubern muss. Die dritte Frage schließlich, die der EuGH zu klären hat, ist die, ob Vermehrerverträge zwischen Züchtern und Bauern und Bäuerinnen als Anhaltspunkte zulässig sind, da sie ja einen Hinweis auf die Verwendung einer bestimmten Sorte im Betrieb zulassen, mit Nachbau allerdings ja nur mittelbar zu tun haben. Alles spannende Fragen, mit denen sich nun die EU-Kommission und dann die Mitgliedsländer auseinandersetzen müssen und die erneut zeigen, dass die letzte Messe in Sachen Nachbaugebühren noch lange nicht gelesen ist. cs



Gen-Mais im Saatgut

Greenpeace und Bioland legen eine Liste der erneut gentechnisch verunreinigten Mais-Sorten vor. Die Liste ist Ergebnis einer Abfrage bei den zuständigen Länderbehörden. Die zuständigen Landesämter hatten bei einer Untersuchung erneut Verunreinigungen in Mais-Saatgut festgestellt, das für den deutschen Handel bestimmt war. Von 417 Mais-Proben waren 29 mit Gen-Mais verunreinigt – das sind 7 Prozent der Proben. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass 93 Prozent der Proben nicht verunreinigt waren und zeigt, dass gentechnische Verschmutzung verhindert werden kann. Allerdings ist seit einigen Jahren eine schleichende Verunreinigung festzustellen. „Die wiederkehrenden Verunreinigungen sind nicht akzeptabel. Statt einen Grenzwert zu fordern, der die Schlamperei bei der Herstellung von Saatgut auch noch belohnt, muss die Saatgut-Industrie sauberer arbeiten“, kommentiert Sandra Blessin, Gentechnik-Expertin von Greenpeace. Greenpeace und Bioland loben die Bundesländer für die frühzeitige Beprobung in diesem Jahr. Auf diese Weise war es möglich, alle belasteten Saatgutpartien sofort aus dem Handel zu entfernen und eine Panne wie im Jahr zuvor zu vermeiden. ch

Schwänze kupieren landwirtschaftlicher Standard

Tiere durch medizinische Eingriffe an Haltungsbedingungen anzupassen ist verboten. Für Schweinehalter wird es jetzt eng

Routinemäßig: Nur ein kleines Wort, dennoch bringt es eine ganze Branche in Aufruhr. Es geht um Schweineschwänze. Bleiben sie dran oder müssen sie ab? Nach einer Untersuchung der britischen Nutztierschutzorganisation Compassion in World Farming werden in Europa bei 79 Prozent aller Ferkel die Schwänze kupiert. Grund ist immer wieder auftretender Kannibalismus, der zu einem Abbeißen der Schwänze führt. Dabei wird der Schwanz teilweise bis zum Rückenmark aufgefressen, was zu Entzündungen und Abszessen führen kann. Für die betroffenen Tiere ist dieser Zustand mit erheblichen Schmerzen verbunden. Die Tiere haben geringere Zunahmen, teilweise müssen Schlachtkörper verworfen werden. Die Reaktion der Tierhalter ist einfach. Schwänze kupieren. Den Ferkeln werden in den ersten vier Wochen, hier ist ein Kupieren der Schwänze ohne Betäubung rechtlich zulässig, die Schwänze abgeschnitten. Wie weit der Schwanz kupiert wird, liegt im Ermessen des Ferkelproduzenten bzw. an den Anforderungen seiner Abnehmer. Früher kürzte man um ein Drittel. Inzwischen lässt man oftmals nur noch ein Drittel stehen. In der DDR wurde der Schwanz total entfernt.

Vielältige Ursachen

Nicht in jedem Bestand kommt es zum Schwanzbeißen. „Ich bezweifle, dass es in jedem Fall zu Kannibalismus kommen würde“, stellt der Direktor der Klinik für kleine Klautiere u. Forensische Medizin Prof. Dr. Karl-Heinz Waldmann fest. Offenbar geht das Schwanzbeißen auf einen „Beißer“ in der Gruppe zurück. Zu Beginn kann es ein einfaches Saugen oder Kauen auf dem Schwanzende eines Artgenossen sein. Dies verläuft oft noch ohne äußere Verletzungen. Wenn es im Folgenden zu einer blutenden Wunde kommt, hören die Schweine nicht mehr auf. Das Verhalten bleibt dann auch nicht mehr auf ein Tier beschränkt, sondern wird von anderen Artgenossen übernommen. Als Reaktion bleibt dem Landwirt nur eine möglichst frühzeitige Separation der Täter und Opfer. Offenbar sind die gebissenen Schweine zu Beginn wenig aktiv, den „Beißer“ abzuwimmeln. Das könnte seine Ursache in der geringen Sensibilität des letzten Drittels des natürlichen Schwanzendes haben. Das Kupieren des Schwanzes hat zur Folge, dass der Stumpf sehr sensibel ist und sich das „Opfer“ im Regelfall sofort wehrt, be-

richtet Prof. Waldmann. Schweine sind hochintelligente Tiere, so der Wissenschaftler, sie sind neugierig und ihnen wird schnell langweilig. Eine Ursache könnte daher der unbefriedigte Spieltrieb sein.

Die auslösenden Faktoren sind vielfältig. Bei den Haltungsbedingungen ist neben der Temperatur im Stall auch Zugluft ein möglicher Auslösefaktor. Auch ein zu hoher Schadgasanteil wirkt sich negativ aus. Ein zentraler Punkt ist die Besatzdichte. Diese wird zwar in der Tierschutznutztierhaltungsverordnung festgelegt, dürfte aber dennoch im Regelfall zu hoch sein. Bei der Fütterung spielt ein zu hoher oder zu niedriger Energiegehalt eine Rolle. Ebenso zu wenig Rohfaseranteil, keine ausgewogene Mineralstoffversorgung und Wassermangel.

– „Schwanzbeißen wird als Verhaltensstörung angesehen. Das Bedürfnis von Schweinen nach explorativem Schnüffeln und Wühlen gilt als eines der Hauptmotive ...“

Neben den im konventionellen System möglichen Optimierungen der Haltungsbedingungen, Luft, Futter, Licht, bleibt das eigentliche Aufstallungssystem mit Teil-, aber meistens Vollspalten und einer hohen Belegdichte meist außen vor.

Eine Erklärung hierfür beschreibt der Codex veterinarius der Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz (TVT): „Die Nutztierhaltung, insbesondere die Haltung Lebensmittel liefernder Tiere steht durch die nationale und internationale Konkurrenzsituation unter hohem ökonomischem Druck. Daher erfolgt die Haltung wirtschaftlich ge-

system möglich ist, zeigen alternativ wirtschaftende Betriebe, wie sie bei Neuland oder den Ökoverbänden organisiert sind. In verschiedenen europäischen Ländern ist das Kupieren von Schwänzen generell verboten: in Norwegen, Finnland, Litauen, Schweden und der Schweiz. In Österreich gilt ein Verbot, von dem nur im Ausnahmefall abgewichen werden kann.

Die Rechtslage ist eindeutig:

Auch wenn die derzeitigen Haltungsbedingungen in Deutschland und der EU, mit Ausnahme einiger spezieller Programme wie dem Ökolandbau und Neuland, nach Aussage der Interessensverbände ein routinemäßiges Kupieren der Schwänze notwendig machen, so ist es dennoch nur im Einzelfall erlaubt. Die Richtlinie 2008/120/EG des Rates



Artgerechte Haltung: Schwänze abschneiden ist unnötig, wenn die Haltungsbedingungen stimmen. Hier bei Neulandferkeln mitten im Presestress der Grünen Woche. Foto: Nürnberger

Gibt es zu wenige Fressplätze, besteht die Möglichkeit, dass abgedrängte Tiere ihren Artgenossen aus Frustration in die Schwänze beißen. Vor allem bei restriktiver Fütterung scheinen derartige Probleme gehäuft aufzutreten. Auf EU-Ebene hat die EFSA ein Gutachten erstellt und kommt unter anderem zu dem Schluss:

– „Vieles weist darauf hin, dass schwanzbeißende Schweine wahrscheinlich frustriert und daher ein Hinweis auf beeinträchtigtes Wohlergehen sind. Schwanzbeißen kann das Wohlergehen der Tiere sehr stark beeinträchtigen, und Schwanzkupieren ist wahrscheinlich nicht nur kurzfristig mit Schmerzen verbunden, sondern auch langfristig aufgrund von Schmerzen durch Neurombildung. ...“

nutzter Tiere nahezu ausnahmslos in einer vom Menschen geschaffenen Umwelt, die auf eine hohe Effizienz der Produktion orientiert ist. Hierfür wird in aller Regel die Einschränkung der Befriedigung der Bedürfnisse der Tiere gesellschaftlich hingenommen.“ Ohne diesen Zustand gänzlich abzulehnen, zeigt die TVT dennoch dessen Grenzen auf: „Es ist allerdings ethisch nicht vertretbar, wenn vom Tier stammende Lebensmittel so produziert werden, dass bei den Tieren während der Aufzucht, der Haltung, der Fütterung, des Transportes und der Schlachtung in tierschutzrelevantem Maße Schmerzen, Leiden oder Schäden verursacht werden.“

Dass Schweinehaltung auch ohne eine Anpassung der Tiere an das Haltungs-

Anhang I, Kapitel I über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen legt diesbezüglich fest: „Ein Kupieren der Schwänze...darf nicht routinemäßig...durchgeführt werden. Bevor solche Eingriffe vorgenommen werden, sind andere Maßnahmen zu treffen, um Schwanzbeißen und andere Verhaltensstörungen zu vermeiden...“

Auch das deutsche Tierschutzgesetz erlaubt einen Eingriff nur im Einzelfall: „Der Eingriff muss im Einzelfall für die vorgesehene Nutzung des Tieres zu dessen Schutz oder zum Schutz anderer Tiere unerlässlich sein. – Als Einzelfall können auch Tiergruppen sowie der

Fortsetzung Seite 17 unten

Grenzwertige Grundwasserqualität

Nitrat und Pestizide beeinträchtigen Qualität des deutschen Grundwassers

Nach Monaten der Trockenheit wurde in Frankreich vielerorts die Wasserentnahme beschränkt, da der Grundwasserspiegel zu niedrig lag. Auch in Deutschland waren Niederschläge rar, so dass Bauern und Bäuerinnen um ihre Ernte bangen. Hierzulande gibt es noch kein mengenmäßiges Wasserproblem. Doch wie steht es um die Qualität des deutschen Grundwassers? 2010 waren laut Umweltbundesamt (UBA) 37 Prozent des Grundwassers aufgrund externer Stoffeinträge kontaminiert. Hauptursache waren Nitratbelastungen durch übermäßige Stickstoffausbringung in Form von Gülle und mineralischem Dünger.

Hermann Dieter vom UBA: „Nitrat ist der einzige Stoff im Grundwasser, der stellenweise einen gesundheitlich begründeten Grenzwert überschreitet.“ Zumindest für Säuglinge können Nitratwerte über 50 mg pro Liter Wasser gesundheitsschädlich sein. Im gesamten Bundesgebiet wurden zusammen vom Umweltbundesamt und den Ländern Nitrat-Messstellen festgelegt, von denen nicht alle als Brunnen dienen. 2008 waren knapp 15 Prozent der Messstellen, so stark belastet, dass das Wasser nur eingeschränkt genutzt werden konnte. Im Trinkwasser sind Grenzwertüberschreitungen wegen umfangreicher Wasseraufbereitung und Verdünnung dennoch rückläufig.

In Niedersachsen überschritten etwa 20 Prozent der Grundwasserkörper den Grenzwert. Damit liegt Niedersachsen im Vergleich zu den anderen Bundesländern weit vorn. Die Belastung ist seit 1995 konstant auf hohem Niveau. Neben dem Raum Cloppenburg-Vechta betrifft dies unter anderem auch Teile der Grafschaft Bentheim und des Emslandes sowie den Raum Celle-Verden-Uelzen. Alle drei Regionen sind für ihre intensive Schweine- und Geflügelmast

bekannt. Belastungsschwerpunkte liegen auch in den Ackerbauregionen nördlich von Hannover, im nördlichen Zipfel Nordrhein-Westfalens, entlang der niederländischen Grenze sowie um Erfurt und Dresden. Auch in den von Ackerbau dominierten Regionen südlich von Wiesbaden und nördlich von München werden hohe Mengen von Nitrat gefunden.

„Pflanzenschutz“ vs. Wasserschutz

Mit einem großen Abstand zu Nitrat stehen Pflanzenschutzmittel an zweiter Stelle der Stoffe, die das Grundwasser belasten. 2006 bis 2008 überschritten knapp 5 Prozent der Messstellen den Grenzwert. Dabei werden in einer Wasserprobe drei bis vier Wirkstoffe gefunden. Pflanzenschutzmittel können nur teilweise durch Wasseraufbereitung entfernt werden. Probleme bereiten sie vor allem dort, wo Trinkwasser aus Oberflächengewässern gewonnen wird. Insgesamt nimmt die Belastung des Grundwassers mit Pflanzenschutzmitteln ab. Hauptverursacher ist der Wirkstoff Atrazin. Obwohl Atrazin seit 1991 in der EU verboten ist kommt er aufgrund seiner Langlebigkeit immer noch im Grundwasser vor. Von den zehn am häufigsten gefundenen Stoffen sind bis auf die Wirkstoffe Bentazon und Mecoprop alle verboten. Bentazon wird als Herbizid unter anderem im Kartoffelanbau verwendet und ist in dem Herbizid „Troy 480“ enthalten. Mecoprop wird unter den Namen „Speedy“ oder „TrioFlex“ vertrieben. Rüdiger Wolter vom UBA: „Die Grenzwerte für Pflanzenschutzmittel liegen sehr weit im Vorsorgebereich. Auch Konzentrationen mit einem Faktor von 100 und mehr über dem Grenzwert wären nicht gesundheitsschädlich.“ Das Pestizid-Aktionsnetzwerk (PAN) begrüßt, dass Grenzwerte für Trink-

und Grundwasser für Pestizide an der analytischen Nachweisgrenze angesiedelt sind. Susanne Smolka von PAN: „Mittlerweile muss man sich aber wegen neuer Erkenntnisse im Bereich niedriger Konzentrationen und bei Wirkstoffgemischen fragen, ob die Grenzwerte hinsichtlich der hormonellen Wirkung auf den Menschen noch im Vorsorgebereich liegen.“ Nachgewiesen sei bereits eine negative Wirkung auf Wasserlebewesen innerhalb der gültigen Grenzwerte. Solche Wasserlebewesen treiben den Abbau problematischer Stoffe im Grundwasser an. Unabhängig vom Wirkstoff gilt bei Pflanzenschutzmitteln ein Trinkwasser-Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter. Bei mehreren Wirkstoffen darf die Summe der Einzelkonzentrationen 0,5 Mikrogramm pro Liter nicht übersteigen. Grenzwerte entstehen im Spannungsfeld zwischen einem Vorsorgeoptimum, das bei Null liegt, und einem höheren Wert, der aus den Interessen der Herstellerfirma und der Anwender resultiert. „Generell sind Grenzwerte oft Gegenstand langjähriger Diskussion, bei der es nicht nur um die wissenschaftliche Begründung geht, sondern auch um die Umsetzbarkeit der Einhaltung“, sagt Geerd Smidt von der Bremer Jacobs Universität. Grenzwerte sind in Gesetzen politisch festgelegte Höchstkonzentrationen unerwünschter Stoffe. Viele Grenzwerte sind nicht unumstritten, hat ihre Festsetzung doch immer auch eine politische Komponente. Erst ein Grenzwert verpflichtet zu regelmäßigen Kontrollen.

Unbeachtete Abbauprodukte

Lange unbeachtet blieben Abbauprodukte von Pflanzenschutzmitteln, die für die menschliche Gesundheit als „nicht relevant“ bezeichnet wurden. Obwohl man 2008 erkannte, dass bei einer be-

stimmten Art der Wasseraufbereitung durch einzelne dieser Abbauprodukte giftige Stoffe entstehen können, wurden keine Grenzwerte, sondern lediglich unverbindliche Orientierungswerte eingeführt. Sie lassen eine sehr viel höhere Konzentration als für die Ausgangsstoffe zu. Ein niedrigerer, gesetzlicher Grenzwert war laut UBA aufgrund gegensätzlicher Interessenslagen bestimmter Lobbygruppen nicht durchsetzbar.

Zukünftige Belastungen

Schwermetalle im Grundwasser stellen nach Einschätzung des UBAs in Deutschland kein Problem dar. Die Grenzwerte werden flächendeckend unterschritten. Aufsehen erregten Funde des Schwermetalls Uran im Grundwasser: Uran kommt im Gestein natürlicherweise vor und gelangt von dort ins Grundwasser. Urankonzentrationen in Trink- und Oberflächenwässern sind regional seit Jahrzehnten erhöht. Hinweise auf künstliche Uraneinträge gibt es im Raum Heidelberg und in der Hildesheimer Börde. Nach Erkenntnis von Bremer Wissenschaftlern der Jacobs Universität könnte das Uran aus landwirtschaftlichen Phosphatdüngern stammen, die aus uranhaltigem Gesteinsmehl produziert wurden. Das Uran soll sich über Jahre im Ackerboden angereichert haben. „Bislang stellen diese Konzentrationen des Schwermetalls nicht unbedingt ein Gesundheitsrisiko dar“, sagt die Bremer Professorin Andrea Koschinsky. In den oberen Bodenschichten finden Wissenschaftler inzwischen weniger Uran. Nach Ansicht der Forscher ist es wahrscheinlich, dass sich der Stoff in tiefere Bodenschichten verlagert und ins Grundwasser gelangen kann. Koschinsky: „Wir müssen davon ausgehen, dass die Situation problematischer wird.“ *ch*

Fortsetzung von Seite 16

Gesamtbestand angesehen werden.“ (Tierschutzgesetz § 6 Abs. 1 Nr. 3 (in Bezug auf § 5 Abs. 3 Nr. 3)).

Damit fehlt die rechtliche Grundlage für diesen, von einer Vielzahl der Schweinehalter routinemäßig praktizierten Eingriff.

Insbesondere der Verstoß gegen die EU-Richtlinie über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen könnte weitreichende Konsequenzen haben. Dr. Friedhelm Jaeger, Ministe-

rialrat im nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerium, spricht von einer Cross Compliance Falle. Schon im März 2010 seien Vertreter aus Brüssel diesbezüglich im Ministerium vorstellig geworden. Wenn der Einzelfall zur Routine wird, könnte der Verstoß zu einer Anlastung, Rückforderung von CC Geldern, aus Brüssel in Höhe von 30 Mio. Euro führen, so der Ministerialbeamte. Um dem vorzubeugen, hat das Ministe-

rium Anfang des Jahres einen Erlass verabschiedet, nach dem die Tierhalter sich halbjährlich vom Tierarzt bestätigen lassen müssen, dass alle Maßnahme ergriffen wurden, um das Wohlbefinden der Tiere sicher zu stellen. „Wenn es den Tieren gut geht“, so Jäger, „dann ist der Einzelfall gegeben.“ Faktisch ändert sich aufgrund dieser Regelung nichts, da die Haltungssysteme und Belegdichten nicht wesentlich verändert werden.

Das kritisiert auch Dr. Sievers Lorenzen, Zoologe und Vorsitzender des Tierschutzvereins Pro Vieh: „Die Haltungsbedingungen müssen sich derart ändern, dass dieses Problem nicht mehr auftritt.“ Es könne nicht sein, dass man 99 Prozent als Ausnahmen und ein Prozent als die Regel definiere. Pro Vieh hat im Oktober 2009 bei der Generaldirektion für Gesundheit und Verbraucherschutz der EU-Kommission in Brüssel offiziell Beschwerde eingelegt. *mn*

Bäuerliche Marktmacht mal anders

Der Kattendorfer Hof ist kleinstrukturiert und dank einer seltenen Vermarktungsstruktur konkurrenzlos

Familienkrise

Im Mai 2011 stellte ein Komitee von europäischen landwirtschaftlichen Beraterorganisationen den Mitgliedern des Agraraussschusses des Europäischen Parlamentes ihre Lernpartnerschaft vor. 2010 gab es einen intensiven Austausch landwirtschaftlicher Beratungsorganisationen aus Belgien, Deutschland, Frankreich und der Schweiz, um die Vernetzung und die Zusammenarbeit zu stärken. Bei drei internationalen Treffen wurden länderübergreifende Ursachen und Auswirkungen von Krisen für landwirtschaftliche Familien und die daraus abgeleiteten wichtigsten Themen für die Beratung und Unterstützung der Familien herausgearbeitet. In allen Ländern sei etwa die Hälfte aller landwirtschaftlichen Existenzen mehr oder minder stark durch Schulden, zu geringes Einkommen, Krankheit in der Familie, fehlende Hofnachfolge und andere Ursachen gefährdet, so die landwirtschaftliche Familienberatung. Die beteiligten Organisationen haben die Absicht, die internationale Kooperation fortzuführen und sind zugleich offen für neue Partner in den Ländern Europas. *mh*
Weitere Informationen unter www.landwirtschaftliche-familienberatung.de

Klaus Tenthoff (49) sieht der kommenden Zeit gelassen entgegen. Auch wenn er sich sicher ist, dass die Milchquote ersatzlos auslaufen wird. Auch wenn er vermutet, dass der Milchpreis dann vielleicht mal auf sechzehn Cent pro Liter sacken könnte. Auch wenn er knapp fünfzig Kühe im Stall hat und mit spezialisierten Betrieben seines Genres nicht konkurrieren kann, zumindest was die Kostenseite angeht. Es ist ihm egal. Mit dem Konzept „Wirtschaftsgemeinschaft“ will der Kattendorfer Hof, von dem Tenthoff einer von drei Betriebsleitern ist, den Absatzmarkt optimieren. Dort sollen Kosten eingespart und die Produktionsausgaben Eins zu Eins wieder eingebracht werden. Diese Art der Vermarktung gibt es nur zweimal in Deutschland.

Verbraucher als Teilhaber

Der Kattendorfer Hof liegt eine knappe Autostunde von Hamburg entfernt in Schleswig-Holstein. Klaus und Annette Tenthoff (39) und Mathias von Mirbach (52) sind heute die Betriebsleiter. Im Jahr 1995 wurde der Kattendorfer Hof gepachtet und drei Jahre später als Demeter anerkannt. „Wir produzieren konkrete Nahrung nur für konkrete Menschen“, sagt Tenthoff und spricht die Wörter in gedehntem hamburgisch aus. Nicht ein Gramm Fleisch oder einen Tropfen Milch gibt er aus den Händen an irgendwelche Verarbeiter weiter. Alles wird auf dem Hof weiterverarbeitet und zum Teil über die klassischen Wege Hofladen und Wochenmarkt an die Verbraucher gebracht. Aber das ist nur als Übergang gedacht. Mit konkret meint Tenthoff noch etwas anderes: Das Konzept der Wirtschaftsgemeinschaft. Etwa die Hälfte der Hofprodukte werden bereits darüber vermarktet.

Arbeit satt

Zwölf Mitarbeiter beschäftigt der Kattendorfer Hof. Die Arbeitsplätze sind in der direkten Landwirtschaft, in der Käserei, der Gärtnerei und der Fleischverarbeitung verteilt. Im Hofladen, auf den Wochenmärkten und im Büro sind noch weitere Menschen beschäftigt. 150 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, die in einer fünf bzw. siebengliedrigen Fruchtfolge bewirtschaftet werden, plus ein paar Hektar von den typisch norddeutschen Knickflächen. Die Milchkuhe liefern 250.000 Liter Milch pro Jahr. Die Mastrinder stammen aus der Nachzucht. 150 bis 170 schwäbisch-hällische Mastschweine werden jährlich geschlachtet und auch deshalb gehalten, um die Molke aus der Käserei zu verwerten. 50 verschiedene Gemüsekulturen werden auf fünf Hektar und in 1.800 Quadratmeter Folienhäuser angebaut.

Die Verbraucher können in die Wirtschaftsgemeinschaft des Kattendorfer Hofes einsteigen, indem sie einen Mitgliedsbeitrag zahlen und einen festen monatlichen Warenwert. Dafür können sie über Hofabläufe mitentscheiden und werden mit Produkten vom Kattendorfer Hof versorgt. Die Verbraucher sind dann in sogenannten Food-Coop's organisiert. Das heißt, bestenfalls gibt es in ihrer näheren Wohnumgebung einen Lagerraum, wo einmal wöchentlich die Produkte vom Kattendorfer Hof auf Rollwagen angeliefert werden. Pro angemeldetem Verbraucher gibt es dann eine festgelegte Menge an Gemüse, Milch- und Fleischprodukten. In den Food-Coop's nehmen sich die Verbraucher selber die Ware und nur die Menge ist fix. Zum Beispiel beim Fleisch: 700 Gramm gibt es in der Woche. Die

Irgendwann reichte es ihm nicht mehr, zu verkaufen. Er wollte selber produzieren. Während diese Form der Food-Coop's wieder einschlofen, begann er 1989 Landwirtschaft auf einem Biolandbetrieb im Wendland zu lernen.

ALDI wäre überflüssig

600 ist die Wunschzahl, wenn es nach den Akteuren des Kattendorfer Hofes ginge. 600 Mitglieder sollen mittelfristig über die Food-Coop's versorgt werden. Zurzeit sind es vor Ort 50 und in Hamburg 150 Mitglieder. „Das Kundenwachstum scheitert noch an fehlenden Depots in der Stadt“, sagt Tenthoff. Daran wird gearbeitet. Würde alles über die Wirtschaftsgemeinschaft vermarktet, dann könnten sich alle auf die Hofarbeiten konzentrieren. „Die Kostenstruktur ändert sich“, sagt



Kattendorfer Hof: Demeter-Betriebsgemeinschaft mit besonderer Verbraucherbindung: v.l. Klaus und Annette Tenthoff und Mathias von Mirbach
Foto: Dott

können in Form von Schinken und Wurst, oder Schnitzel etc. von den Rollwagen entnommen werden. Das führt auch mal zu Auseinandersetzungen, aber das muss in den Food-Coop's selbst geregelt werden.

Warenlager Wohnzimmer

Tenthoff kennt die Food-Coop's von früher. Da wohnte er noch in Hamburg. Das war die Zeit, als die Hafestraße noch Geschichte schrieb und der Widerstand gegen die Atomindustrie wuchs. Zu der Zeit wurden Produkte direkt vom Bauernhof in Wohnzimmer geliefert, die als Abholzentrale dienten. „Du hast dein Brot bestellt, wusstest wann es geliefert wird und hast es abgeholt“, sagt Klaus Tenthoff. Irgendwann wurden immer mehr Produkte zwischen Sofa und Schrankwand gelagert. In einem Zeitfenster von ein paar Stunden mussten die Mitglieder ihre Ware abholen. Tenthoff gründete eine eigene Food-Coop.

Tenthoff. „Auf der Produktionsseite haben wir höhere Kosten, weil wir in mehreren Töpfen rühren, statt industriell zu wirtschaften. Dafür bieten wir Vielfalt und eine höhere Qualität.“ Kostensenkung findet im nachgelagerten Bereich statt. „Wir müssen nicht in Werbung, Vermarktung und Lagerung investieren“, so Tenthoff. Wenn seine Vision bis ins letzte Detail umgesetzt würde, dann könnte der Hof die ganze Gemeinde Kattendorf mit Nahrungsmitteln versorgen. Ginge seine Vision weiter, dann würden alle anderen Betriebe das in ihrer Region genau so umsetzen. Monopolistische Abnehmer, global orientierte Händler und Spekulanten könnten kaum mehr agieren. Das Problem der Marktmacht wäre gelöst. Zumindest in der Vision des Kattendorfer Hofes.

Berit Thomsen

Dalli sieht nur Vorteile

EU-Bericht zu Auswirkungen der Gentechnik ist lückenhaft

Mitte April hat EU-Verbraucherkommissar John Dalli seinen offiziellen Bericht zu den tatsächlichen Auswirkungen des Anbaus von Gentechnik-Pflanzen veröffentlicht. Leider steht so gut wie nichts darin. Auf Grundlage von nationalen Umfragen unter Behörden, Verbänden und Bauern sollten Folgen auf den gesamten Ernährungssektor erfasst werden.

Falscher Ansatz

Obwohl in der EU auf weniger als 0,08 Prozent des Ackerlands Gentechnik-Pflanzen angebaut wurden, durften die Ministerien nur auf ihre eigenen Erfahrungen zurückgreifen. Dieser Ansatz verbietet, von den Hauptanbauländern in Nord- und Südamerika zu lernen. Gestiegener Pestizideinsatz, gestiegene Abhängigkeit von Saatgutkonzernen sowie Zusatzkosten für den gesamten Lebensmittelsektor können damit nicht dargestellt werden. Überraschenderweise definierte Dalli nicht, welches die sozialen und wirtschaftlichen Folgen sein können. Stattdessen reduziert er die Auswirkungen auf angebliche Ertragssteigerungen durch Gentechnik-Pflanzen. Landwirte, die Gentechnikpflanzen anbauen, werden dadurch zu den einzigen Betroffenen. Mühlen, Verarbeiter, Bäcker, Supermärkte kommen in dem Bericht gar nicht vor. Alle kritischen Anmerkungen der Ministerien fehlen in dem Bericht. Sie werden als mangelhaft abgekanzelt. Umso mühsamer werden positive Auswirkungen aufpoliert wie angeblich reale Ertragssteigerung in den EU-Anbauländern. Sie beruhen auf einem einjährigen Versuchsanbau von Monsanto, oder in der Fußnote wird korrigiert, dass es

in Spanien nur in einer einzigen Region zu signifikanten Ertragsteigerungen gekommen ist. Nicht genannt wird das Problem von zunehmender Resistenz von Unkräutern gegen das Pestizid Roundup. Inzwischen sind mehr als 21 Arten resistent. US-Farmer nutzen inzwischen wieder alte Herbizide und müssen in manchen Fällen wieder von Hand Unkraut herausreißen. Hinzu kommt, dass der Bericht gar kein Bericht ist. Obwohl auf Seite drei das übliche Titelblatt von Kommissionsberichten eingefügt wurde, ist es nur ein sogenanntes Arbeitspapier. Es wurde noch nicht einmal den anderen EU-Kommissaren vorgestellt. Diese 12 Seiten Papier erfüllen weder den Auftrag der EU-Umweltminister vom Dezember 2008 noch die rechtliche Verpflichtung aus der Freisetzungsrichtlinie 2001/18 alle drei Jahre einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Durchgefallen, bitte nochmal

Schon heute erlaubt das EU-Recht in der Verordnung 1829/2003, dass andere Aspekte bei der Zulassung berücksichtigt werden können. Dies wurde aber noch nie angewandt. Vor der Zulassung der Gentechnik Kartoffel Amflora hätte die Kommission von BASF als Antragsteller zum Beispiel fordern können, eine Übersicht vorzulegen, welche Zusatzkosten auf die Kartoffelbranche zukommen, wenn nun intensiv getestet werden muss. Seit 2004 warten das EU-Parlament und der Rat auf einen angemessenen Bericht, sie brauchen wohl noch etwas mehr Geduld.

Mute Schimpf,
Friends of the Earth Europe

Vom Acker in den Futtertrog

Aktuelles aus dem Projekt

Der Förderausschluss für ökologische Betriebe innerhalb der Agrarumweltmaßnahme „Vielfältige Fruchtfolge“ soll – unter Vorbehalt der Genehmigung seitens der EU – ab dem Bewilligungsjahr 2011 aufgehoben werden. Interessierte Betriebe können bis Ende Juni 2011 einen Grundantrag bei den zuständigen Behörden abgeben. Die Betriebe müssen sich für fünf Jahre verpflichten, mindestens fünf Hauptfrüchte anzubauen, von denen keine mehr als 30 Prozent und weniger als zehn Prozent der Ackerfläche einnimmt. Ausnahme sind Körnerleguminosen, die zu mindestens mit sieben Prozent angebaut werden müssen. Des Weiteren darf der Anteil von Getreide Zweidrittel der Anbaufläche nicht überschreiten. Konventionell wirtschaftende Betriebe erhalten 65 €/ha, Ökobetriebe sollen 40 €/ha erhalten. Werden auf zehn Prozent der Ackerfläche Körnerleguminosen angebaut, steigt das Fördervolumen jeweils um 10 €/ha.

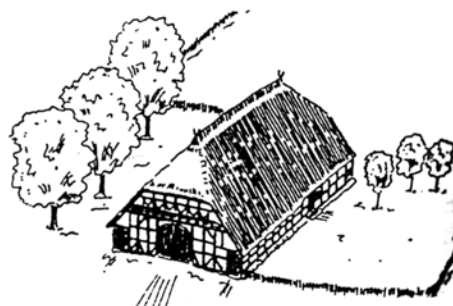
Feldtag, Hof Angenendt, Mittwoch, 15. Juni von 10-16 Uhr, Feldtag auf dem Hof von Peter Angenendt, Mersch 21, in 48317 Drensteinfurt. Themen (u.a.): Getreide- und Leguminosenanbau von Sommer- wie Winterungen, Vorstellung des Projektes „Vom Acker in den Futtertrog“

Feldbesichtigung, Gut Körtinghausen, 22. Juni; 19:30 Uhr; 59602 Rütten-Kallenhardt, Familie von Bonin. Feldbesichtigung der Sommer- wie Winterleguminosen und Vorstellung des Projektes

Weitere Infos: Christoph Dahlmann – Projektleitung Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V./ NRW, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm; Tel.: 02381-9053170, Fax: 02381-492221; dahlmann@abl-ev.de

Tischmonolog

Vor wenigen Wochen starb bei uns im Dorf plötzlich und unerwartet ein ganz junger Mann, siebenundzwanzig Jahre alt. Seine Eltern, Inhaber eines familiär geführten Blumengroßhandels, mussten das erleben, was innerhalb meines Vorstellungsvermögens so ziemlich das Schlimmste ist, was einem widerfahren kann: Sie mussten ihr Kind beerdigen. Hätte ich einen ärgsten Feind, ich würde ihm das nicht wünschen.



... aus Schleswig-Holstein

Wenige Tage nach diesem Todesfall, noch vor der Trauerfeier, saßen wir mittags mit der Familie am Esstisch. Das Gespräch kam auf den Tod des jungen Mannes, und eines unserer Kinder behauptete, in dessen Familie würde ja wohl auch nicht richtig getrauert. Irgend jemand hätte den Vater getroffen, der sei so wie immer gewesen, und am Tag nach dem Tod sei er schon

wieder seine Blumentour gefahren. Trauern ginge ja wohl anders. Ich konnte diese jugendliche Sichtweise gut nachvollziehen, mit fünfzehn, sechzehn hätte ich vielleicht genauso gedacht. Trotzdem musste ich widersprechen. Es sollte ein Tischgespräch werden; leider wurde es über weite Strecken ein Tischmonolog. „Was ist denn richtig trauern?“, fragte ich. „Und wer entscheidet, wer richtig trauert? Und es ist das eine, was man fühlt, und das andere, wie man sich verhält. Fürs Trauern gibt es keine Regeln, finde ich. Im Angesicht des Todes ist jeder mit sich selbst allein und muss seinen eigenen Weg des Umgangs finden. Manch einer überspielt und verdrängt, und ein anderer bricht vielleicht komplett zusammen. Jedenfalls ist es gut, wenn man dann etwas um die Ohren hat. Leute, so hart das jetzt vielleicht klingt, aber es ist die Wahrheit: Sollte aus unserer Familie jemand sterben, jetzt, hier, auf der Stelle, Oma, Opa, eines von euch Kindern, Mama oder ich – es ist völlig egal, wer, aber eines ist klar: Heute abend müssen die Kühe gemolken werden. Und wisst ihr was: Das ist gut so.“

Eines der Kinder fragte zaghaft in meine Atempause hinein: „Warum?“ „Weil es einem zeigt, dass das Leben weiter geht. Das ist grausam, aber das ist auch ein Trost. Wisst ihr, der trauernde Vater ein paar Straßen weiter, der ist eben nicht nur Vater, der ist auch selbstständiger Blumenhändler, der hat Kunden, der hat Verträge, an die er sich halten muss. Wenn der nicht liefert, dann suchen die sich `nen anderen Lieferanten, und dann ist er plötzlich nicht mehr trauernder Vater und Blumenhändler, sondern trauernder Vater und Ex-Blumenhändler. Und wer hat davon etwas, wenn er zwar in wessen Augen auch immer richtig getrauert hat, aber dann pleite ist? Und, glaubt mir, wenn es einem auch noch so beschissen geht, es ist immer gut, wenn man seine Arbeit hat, damit einem die Decke nicht auf den Kopf fällt, damit man nicht verrückt wird, damit der Schmerz nicht zuviel Raum in einem greift. Und ich glaube, nichts, aber auch gar nichts erinnert einen schöner und umfassender und unausweichlicher daran, dass das Leben weiter geht, als eine Herde Milchkühe. Egal, was heute auch immer geschieht: Heute abend müssen die Kühe gemolken werden. Und nach dem Melken, nach dem Fressen, nach dem Scheißen liegen sie dann zusammen in kleinen Gruppen auf der Weide und kauen wieder. Da könnt ihr Gift drauf nehmen. Ist das nicht schön? Schrecklich und herzlos und grausam und rücksichtslos, aber ganz natürlich und am Ende doch auch schön? Was können die Kühe dafür, wenn es uns schlecht geht?“

Wir guckten uns an, und ich weinte fast, so unvermittelt war das alles aus mir herausgebrochen. Wir schwiegen. Wir saßen und aßen still, bis eines der Kinder gesagt haben könnte: „Auch wenn ich mal tot bin: Mein Kaninchen soll weiter leben. Füttert ihr das dann?“ „Natürlich. Da kannst du Gift drauf nehmen“, hätte ich mit stockender Stimme geantwortet. Und richtig losgeheult.

Ein Bauer (43) erzählt ...

Dioxinskandal verklingt ohne Lernerfolg

Landwirte warten weiter auf Entschädigung nach Dioxinskandal

Keine Gromastanlagen in Etelsen und Barver

Im niedersächsischen Etelsen wurde der Bau einer 100.000er Masthühneranlage verhindert. Der Landkreis werden versagte dem Antrag des Investors die Genehmigung, weil die Erschließung über die für den LKW-Verkehr nicht genügend ausgebaute Zufahrtsstraße nicht gesichert sei. Eckehard Niemann von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft beglückwünschte die Etelser Bürgerinitiative, die sich seit mehreren Jahren gegen diese Agrarfabrik gewehrt hatte. Auch in der Samtgemeinde Barver bei Diepholz wird eine Milchviehanlage für 3.200 Kühe nicht zugelassen. Erlaubt ist maximal eine Erweiterung auf 1.600 Kühe. „In Anbetracht der jetzt schon im Betrieb Kriesmann gehaltenen Tiere bewegt sich diese Größenordnung weitgehend im Rahmen des gesetzlichen Anspruchs auf Bestandswahrung“, so Niemann, „deshalb ist diese Entscheidung als klarer Erfolg zu werten.“ Niemann bedankte sich bei dem niedersächsischen Agrarminister Gert Lindemann für dessen klare Worte gegen dieses agrarindustrielle Projekt jenseits aller mittelständischen, bäuerlichen Dimensionen. Die AbL forderte Bauernverband und Landwirtschaftskammer auf, den Worten für eine bäuerliche Landwirtschaft nunmehr endlich auch deutliche Taten hinsichtlich der Verhinderung agrarindustrieller Anlagen folgen zu lassen. *ch*

Den Preisrückgang Anfang des Jahres bekam Hermann Wessler sofort zu spüren: Für seinen Hof mit 1.500 Mastschweinen bedeutete das entgangene Erlöse von 9.000 Euro. Zwar war der Landwirt aus Bissendorf im Landkreis Osnabrück nicht selbst von dem verunreinigten Futter betroffen. Doch durch die sinkende Nachfrage war der Preis plötzlich auf bis zu 1,12 Euro pro Kilo Schweinefleisch gesunken. Betroffene Bauern konnten durch die Sperren nicht mehr rechtzeitig liefern, ihre Tiere wurden zu schwer und entsprachen damit nicht mehr der geforderten Qualität. „Der Schaden bleibt bei uns hängen“, sagt Wessler. Anfang Mai wurde die letzte Sperrung im Kreis Osnabrück aufgehoben. „Harles und Jentzsch hat seine dioxinbelasteten Abfälle über uns Bauern entsorgt“, resümiert er.

Namen nennen

Insgesamt waren knapp 3.000 t Futterfett mit Dioxin belastet, das in Form von Mischfutter für Schweine, Rinder und Geflügel an 25 Futtermittelhersteller in Deutschland geliefert wurde. Die Forderung des Deutschen Bauernverbands (DBV) nach einem Entschädigungsfonds verklung schnell. Statt der gesamten Futtermittelindustrie sollte allein die Firma Harles und Jentzsch für den Schaden aufkommen. Die ist nun zahlungsunfähig. Angesichts des fehlenden Fonds fordert der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, eine Entschädigung durch die betroffenen Futtermittelhersteller: „Günstigere Preise für das Fett sind ein deutlicher Hinweis auf kriminelle Machenschaften. Wer mit Kriminellen Geschäfte macht, muss für sein Handeln gerade stehen.“ Auch müssten die Namen öffentlich genannt werden. Da die seriösen Futtermittelunternehmen einen Ruf zu verlieren haben, droht ihnen bei Fehlverhalten ein ökonomischer Schaden. Dies ist die beste Vorsorge gegen derartige Betrugsfälle. Was ist nun, ein halbes Jahr nach Bekanntwerden des Vorfalls, von den Versprechen der Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner übrig geblieben? Der 10-Punkte-Plan des Landwirtschaftsministeriums vom Januar sieht eine verpflichtende Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung für Futtermittelhersteller oder eine gleichwertige Absicherung des Haftungsrisikos vor. Konkretisiert hat man dieses Vorhaben bislang nicht.

Herkunft transparent machen

Auch war eine verpflichtende Positivliste mit allen zulässigen Futtermitteln geplant. „Zukünftig müssen Herkunft und Liefer-

kette transparent gemacht werden“, fordert Graefe zu Baringdorf. Die bereits bestehende, freiwillig zu nutzende Positivliste für Einzelfuttermittel wird von der Normenkommission im Zentrallausschuss der Deutschen Landwirtschaft erstellt. Sie gibt unter anderem Auskunft über Hersteller, Herstellungsprozess, Lagerung, verwendete Hilfsstoffe und Informationen zu unerwünschten Stoffen. Laut Landwirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen sollte die Positivliste auch Einfluss auf das Risikomanagement der Futtermittelkomponenten haben. Das Bundesministerium hat eine verbindliche Positivliste auf nationaler Ebene verworfen, da diese nur auf europäischer Ebene umsetzbar sei. Aigners Versuch, der wenig strengen europäischen Positivliste deutsche Kriterien zugrunde zu legen, ist inzwischen gescheitert.

Streit um Kontrollen

Die anfänglich angekündigten Ausweitungen der amtlichen Dioxin-Kontrollen reduzierten sich auf eine Projektgruppe, die verbesserte Kontrollen vorantreiben

spielsweise tragen Brotmehle, die unter Einsatz von Verbrennungsgasen getrocknet wurden, ein sehr hohes Dioxin-Risiko. Dem Entwurf nach sollen sie aber nur selten untersucht werden. Vorgenommen werden müssen die Eigenkontrollen laut Entwurf vor der Verarbeitung und bei Partien, die 200 t nicht überschreiten. Da die Futtermittellobby bei der Anhörung des Entwurfs bereits heftige Kritik geäußert hat, bleibt die Endfassung des Entwurfs abzuwarten.

Betriebe, die Futterfett herstellen, lagern, inverkehrbringen oder befördern, sollen nach einem weiteren Gesetzesentwurf eine Zulassung beantragen müssen – Voraussetzung für einen Überblick der Behörden. Die Futterfettfirmen müssen die Trennung von Anlagen für Industriefett und Futterfett sicherstellen. Wirklich relevant ist diese Vorgabe nicht, geht man von einem gezielten Verschneiden von Fetten aus. Dies ist zwar nach der europäischen Futtermittelverordnung verboten, wird nach Einschätzung von Graefe zu Baringdorf aber häufig praktiziert, um so im Endprodukt unter den zulässigen Grenzwerten zu



Von den auf der Grünen Woche angekündigten Maßnahmen blieb nicht viel übrig. Foto: Nürnberger

soll. Gehandelt wurde dagegen bei den Eigenkontrollen: Im Rahmen der zu ändernden Futtermittelverordnung gibt es einen Entwurf, der den Futtermittelunternehmen unter anderem Vorgaben über die Häufigkeit der Eigenkontrollen macht. Der Entwurf unterscheidet zwischen drei Kategorien von Futtermittelkomponenten: Futterfettsäuren und deren Produkte müssen zu hundert Prozent, pflanzliche und tierische Fette und Öle zu 50 Prozent untersucht werden. Bestimmte Fischprodukte sowie Erzeugnisse, die unter direktem Einsatz von Verbrennungsgasen getrocknet wurden, müssen zu 20 Prozent untersucht werden. Ob die Kategorien das Dioxin-Risiko widerspiegeln, ist fraglich. Bei-

bleiben. Nach dem Entwurf soll das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zukünftig ein vierteljährliches Dioxin-Monitoring durchführen, in das alle von Unternehmen und Behörden erfassten Daten einfließen sollen. Dazu müssen private Labore nach dem Entwurf sämtliche Ergebnisse an die Behörden weiterleiten.

Entscheidende Forderungen nach Entschädigung der Bauern und Nennung der Verantwortlichen scheinen vergessen. Andere, wie die nach härteren Sanktionen, einer verbindlichen Positivliste und mehr amtlichen Kontrollen werden angeblich weiter debattiert oder wurden an andere Entscheidungsebenen übertragen. *ch*

Getrocknete Zucchini

Vielleicht ist es zynisch, gerade jetzt ein Buch über das Trocknen vorzustellen. Jetzt wo Sonne und Wind auch ohne aufwendige Apparaturen alles verdorren lassen und auf der anderen Seite noch kaum Früchte gewachsen sind, die getrocknet werden könnten, bzw. man Bedenken hat, dass die ersten zarten Fruchtsätze an Bäumen und Sträuchern wegen Wassermangels abgeworfen werden.

Aber die Zukunft beginnt jetzt und der Regen kommt hoffentlich morgen. Schon im April habe ich die letzten Äpfel des vergangenen Jahres in Scheiben geschnitten und zu Apfelchips werden lassen. Den Trockenschrank habe ich nach der Anleitung aus dem Buch: *Trocknen und Dörren mit der Sonne* gebaut. Das Ergebnis überzeugt. Noch nie habe ich runzelige Äpfel so genossen. In diesem Sommer werde ich weitere Versuche unternehmen. Vielleicht gelingen ja auch getrocknete Tomaten. Der Zucchini-Schwemme werde ich auf alle Fälle begegnen können. In diesem Buch werden detailliert und mit vielen Abbildungen Solar Trockner beschrieben, die im Hausgarten oder auf dem Balkon gute Dienste leisten und sich bewährt haben. Sie verbrauchen weder

Strom noch Gas, sind robust zu handhaben und langjährig nutzbar.

Das Buch regt an, die Jahreszeit ist gut, um erste Erfahrungen zu sammeln. *mn*

Claudia Lorenz-Ladener, Hrsg., Trocknen und Dörren mit der Sonne, Bau und Betrieb von Solar Trocknern, 95 Seiten, mit vielen farbigen Abb. broschiert, ISBN 978-3-936896-48-0, 13,95 €



Kurzes am Rande

Mord und Mastanlage

Ein Bauer wird erschlagen in seinem Kuhstall gefunden! Steht die Tat in Zusammenhang mit der geplanten Schweinemastanlage in der Nähe von Lychen, gegen die sich massiver Widerstand formiert? Immerhin wollte der Bauer seinen Hof an jenen holländischen Investor verkaufen, der die Tierfabrik bauen will. Bei ihren Ermittlungen erwarten die Kommissare Karla Loewe und Sven Teichmann einige alte und neue persönliche Verwicklungen, die sie an ihre Grenzen und nicht zuletzt sogar in höchste Gefahr bringen. Ein spannender, politisch aktueller Umweltkrimi, kurzweilig, humorvoll und mit einer Prise Romantik. *en*
Heidrun Grüttner, Tödliche Geschäfte im Paradies, 2010, 306 S., 10,80 Euro, Pro Business Verlag, www.book-on-demand.de, ISBN: 978-3-86805-749-2

Das eigene Saatgut

Ganz überrascht war ich, als in meinem Gemüsegarten in diesem Jahr zwischen den Kartoffeln unzählige kleine Kürbispflänzchen aufgingen. Woher? War mein erster Gedanke. Und dann dämmerte es. Der kleine kümmerliche Kürbis aus dem letzten Jahr. Ich hatte ihn einfach mit untergegraben. Ein Geschenk also. Wer ein wenig mehr Einfluss auf die im eigenen Garten wachsenden Pflanzen haben möchte kauft sein Saatgut oder aber er produziert es selbst. In dem Buch *Saatgut aus dem Hausgarten* wird gezeigt, wie Samen von Gemüse, Blumen und Kräutern im Hausgarten für das nächste Jahr geerntet werden können. Die Gemüsearten sind dabei nach Schwierigkeitsgrad gekennzeichnet, so dass auch Anfänger einen sicheren Erfolg damit haben werden. Nach einer kurzen Einführung in die Methoden der Saatgutgewinnung und in die Praxis der Vermehrung beschreibt die Autorin, die sich seit mehr als 20 Jahren mit Samengärtnerei beschäftigt, die nötigen Hilfsmittel, die Ernte, die Reinigung und Lagerung der Samen sowie die Aussaat und Aufzucht im darauffolgenden Jahr.

Mit kurzen Pflanzenporträts aller im Hausgarten üblichen Kräuter, Gemüse und Blumen. *mn*
Marlies Ortner, Saatgut aus dem Hausgarten, Blumen-, Kräuter- und Gemüsesamen selbst gewinnen, 138 Seiten, mit vielen farb. Abb., Hardcover, ISBN 978-3-936896-53-4, 19,90 €



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2011 2010 2009 2008 2007 2006 2005
22,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

- | | |
|--|------------------------|
|Expl. Nützt ja nix | Stückpreis 11,00 € |
|Expl. Aus dem Moor, | Stückpreis 11,00 € |
| Expl. Ein Bauer erzählt, CD | Stückpreis 10,00 € |
| Expl. Schubkarrenrennen, | Stückpreis 11,00 € |
| Expl. Nehmt und Euch wird gegeben | Stückpreis 27,40 € |
| Expl. Der Wollmützenmann, | Stückpreis 11,90 € |
| Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, | Stückpreis 9,50 € |
| Expl. Verliebt Trecker fahren, | Stückpreis 9,90 € |
| Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag | Stückpreis 3,- € |
| Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage) | Stückpreis 3,50 € |
| Expl. Wege aus der Hungerkrise | Stückpreis 3,10 € |
| Expl. Linda und Konsorten | Stückpreis 14,90 € |
| Expl. was für'n schöner Scheiß, CD | Stückpreis 10,- € Neu! |

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221



200 Sternfahrt-Aktionäre gesucht!

Liebe Bäuerinnen und Bauern, liebe Freunde der Sternfahrt, wir haben es immer noch satt!
Wir brauchen faire Marktregeln - und für die EU-Agrarpolitik gilt: ein „Weiter so“ ist keine Option! Nur mit veränderten Marktregulierungen haben unsere Betriebe eine Zukunft. Doch die Bundesregierung macht weiter wie bisher und blockiert einen Systemwechsel in der Landwirtschaftspolitik. Deswegen brechen wir als BDM Niedersachsen zusammen mit der Jungen AbL zur Bauernsternfahrt vor das Kanzleramt auf. Vom 29. Mai bis zum 9. Juni machen wir uns auf den Weg in eine bäuerliche Zukunft:
für gentechnikfreie Landwirtschaft
für Bauernhöfe statt Agrarfabriken
für eine EU-Agrarreform sozial-ökologisch-fair
gegen Exportdumping
für einen Systemwechsel in der Europäischen Agrarpolitik.

Werde Sternfahrt-Aktionär und kauf eine oder mehrere Sternfahrt-Aktien im Wert von 50 €!

Spenden gehen an folgendes Konto:

Inhaber: DNR Umwelt und Entwicklung

Konto: 260 120 05

BLZ: 370 501 98

Institut: Sparkasse Köln-Bonn

Stichwort (wichtig!): Sternfahrt

(Klein) Anzeigen

Tiermarkt

● Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Hunde- und Katzensnahrung vom Tierheilpraktiker. Qualität, Akzeptanz, Preis/Leistung sehr gut. Durchholz/Sievers, ☎ 04166-1422, www.reico-buxtehude.de

Hof und Arbeit

● Jung gebliebenes Ehepaar sucht landwirtschaftlichen Betrieb oder Hühnerhof zur Übernahme. Pacht, Erbpacht, Mietkauf oder ähnliches. ☎ 06733-6134, info@multyfarm.de

● Hof mit Nebengebäuden und Land außerhalb oder Ortsrandlage gesucht. Pacht, Erbpacht, Mietkauf oder ähnliches. ☎ 06733-6134, info@multyfarm.de

Sonstiges

● Für den erfolgreichen Landwirt – alles aus einer Hand: Boden-/Pflanzenhilfsstoffe mit sich ergänzenden Mikroorganismen. Für Landw., Wein/Gartenbau, Einfache Anwendung – Gute Ergebnisse. Auch für Tierhaltung u. Gülle. Schmidt Agrar GbR, Talhof, 65614 Beselich, ☎ 06484 8908-95, Fax: -28, info@schmidt-agrar.eu, www.schmidt-agrar.eu



GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd think energy GmbH & Co. KG
28211 Bremen, Kurfürstenallee 23a
Heinz Herbort, Tel. 0421 / 168 66 10
h.herbort@wpd.de, www.wpd.de



AbL
BAYERN e.V.

10-Jahres-Feier am 26. Juni 2011 auf dem Hof der Familie Kreppold in Wilpersberg 1, 86551 Aichach

Alle Mitglieder und Freunde der AbL-Bayern sind herzlich eingeladen, mit uns zu feiern !

Programm:

- 10.15 Uhr Gottesdienst mit Pater Georg Greimel
- 11.15 Uhr Begrüßung und Einführung : Edith Lirsch, AbL-Landesvorsitzende
Laudatio: Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP
Grüßwort: Maria Heubuch, AbL-Bundesvorsitzende
- 12.00 Uhr Mittagessen: Vom Hof - bio und regional
- 13.00 Uhr „So und net anders“ - ein Wort von oben mit einem Überraschungsgast

14.00 Uhr Podiumsdiskussion zum Thema: „Meine Landwirtschaft – Aufbruch in eine neue Agrarpolitik für Bauern und Verbraucher“

mit Ministerialrat Dr. Maximilian Wohlgschaft, Maria Noichl, SPD; Hubert Aiwanger, Freie Wähler; Adi Sprinkart, Grüne; Thomas Dechant, FDP; Agnes Thanbichler, ÖDP; Eva Bulling-Schröter, Die Linke; Josef Schmid, 1. Vors. AbL-Bayern; CSU, angefragt; Moderation: Uli Jasper, Bauernstimme

Kinderprogramm: Piratenshow mit Clownerie und Jonglage
Infostände von befreundeten Organisationen, Direktvermarktern und AbL-Verlag
Musikalische Umrahmung: Happacher Buam & Dirndl

16.00 Uhr Schlussworte und gemüthlicher Ausklang

Kontakt: Biolandhof Kreppold, Tel. 08258-211, Fax: -1061
Andreas Remmelberger, Tel. 08679-6474, abl-bayern.web.de

Infos zur Anfahrt: www.abl-bayern.info

Veranstaltungen

Maisschützer contra Gentechnik

24.05-08.07.2011, Schwäbisch Hall
Multimediale Ausstellung mit Portraits und Fotos zur Lebensrealität von indigenen Bäuerinnen und Bauern in der Region Sierra Juárez im Süden Mexikos. Auch werden Menschen vorgestellt, die in Hohenlohe mit innovativen bäuerlichen Betrieben nachhaltige Wege einschlagen. Beide Regionen haben eine Partnerschaft geschlossen, um gemeinsam gegen Gentechnik, industrielle Landwirtschaft und die Zerstörung von Lebensgrundlagen vorzugehen. Das während einer agrarpolitischen Reise 2010 in Mexiko gesammelte Material bildet die Grundlage für die Ausstellung. Sie bietet ländlichen Kommunen und Vereinen die Möglichkeit, ohne große Kosten ein interessantes Kulturangebot zu schaffen. Gentechnikfreie Regionen erhalten mit ihr ein Material für anschauliche Bildungsarbeit. Die Ausstellung kann für 4 Wochen ausgeliehen und auch auf dem Postweg versandt werden.

Ausstellung geöffnet: Mo-Fr von 9 bis 18 Uhr in der VHS Schwäbisch Hall, Im Haal 14. Kontakt: Bündnis Gentechnik-freies Hohenlohe, Bettina Lerch, ☎ (Mi von 9 bis 13 Uhr) 07904 9797-67, Fax: -79, buendnis-hohenlohe@gmx.de, www.gentechnikfreies-hohenlohe.de

Milch: Fair, vielfältig und lecker

01. Juni 2011, Kitzingen
Mit der „Fairen Milch“ wollen wir die Gäste der Gartenschau zum Tag der Milch rund um das Thema Milch und nachhaltige Landwirtschaft informieren. Von 9 bis 13.30 Uhr auf der Gartenschau in Kitzingen an der Bühne der Vielfalt. Wir-fuer-Vielfalt präsentiert auch auf 100 m² vielfältige Nutzpflanzen mit Veranstaltungen, siehe www.wir-fuer-vielfalt.de.

Ökologisch Imkern

03.-05. Juni 2011, Tonndorf/Thür.
Imkerlehrgang für Anfänger und Fortgeschrittene mit praktischen Arbeiten am Bienenvolk. Referent Dipl.-Ing.agr. Michael Grolm führt die Schlossimkerei Tonndorf, Imkermeister Jürgen Binder überwintert seine Bienenvölker in Süditalien, um auf die intensive Zuckerfütterung verzichten zu können. Beide sind Bioland-Imker.

Anmeldung: ☎ 036450-446889

100 Äcker für die Vielfalt

15. Juni 2011, Schloss Holte-Stukenbrock
Anlass ist die Einbeziehung einer hofeigenen Fläche mit seltenen Sandackerwildkräutern in das bundesweite 100-Äcker-Netzwerk sowie Einrichtung der Stiftung Hof Brechmann als landesweit erste Naturschutzstiftung in bäuerlicher Hand. Neben dem Gang zum Acker kann auch einer Busexkursion in die „Senne“ teilgenommen werden.

Ab 14.00 Uhr, Hof Brechmann, Paderborner Str. 36, 33758 Schloss Holte-Stukenbrock. Anmeldung erforderlich: Sven Wehke, ☎ 0651-9946859, wehke@web.de

AbL West-Münsterland

15. Juni 2011, Legden
Die AbL im West-Münsterland stellt sich vor und Dr. Wilfried Bommert hält einen Vortrag über sein Buch „Kein Brot für die Welt. Die Zukunft der Welternährung“. 20 Uhr, Landhotel Hermannshöhe in Legden

Agrarbündnis Offenes Forum Agrarpolitik

16. Juni 2011, Köln
Das Offene Forum beschäftigt sich mit der aktuellen EU-Agrarreform mit Statements von Bernd Voß (AbL), Jochen Dettmer (BUND/Neuland) und Ulrich Jasper (AbL/Arbeitsgruppe der Plattformverbände) und der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ mit einem Bericht von Jochen Fritz, Koordinator der Kampagne. Anknüpfend an die beiden Themen soll es auch um die Ausrichtung der Arbeit des AgrarBündnisses selbst gehen. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Von 14 bis 16 Uhr (im Anschluss an die Mitgliederversammlung), Domforum Köln, Raum 5.6, direkt am Hauptbahnhof. Kontakt: Frieder Thomas, ☎ 07531 282939-1, Fax: -2, info@agraruendnis.de, www.agraruendnis.de

Bt-Maisanbau in Brandenburg

21. Juni 2011, Berlin
Themen: Maisanbau und Verbreitung der Pollen: interessegeleitete Forschung - nichts dazugelernt? Gentechnikfreie Regionen, Biomasse contra Naturschutz - Was lässt sich auf Landesebene erreichen? Imker und gv-Mais: EuGH-Entscheidung zum Honig Teilnahme kostenfrei, Anmeldung erforderlich bis 14.6.: NABU, Steffi Ober, ☎ 030 284984-1612, Fax: -2000, Steffi.Ober@NABU.de

Lesung bei Hofe

28. Juni 2011, Mersch
Lesung mit Matthias Stührwaldt 20 Uhr auf dem Hof Angenendt, Mersch 21, 48317 Drensteinfurt, vom Bahnhof Mersch nur 800 m. Infos Fam. Angenendt, ☎ 02387-703. Eintritt frei

Reiten gegen Massentierhaltung

22. bis 31. Juli 2011, Wietze
In Wietze bei Celle entsteht Europas größter Geflügelschlachthof. Bauern werden angeworben, die benötigten Mastställen in der Umgebung zu bauen. Wie bedrohlich diese Art, Lebensmittel zu produzieren ist, zeigt sich von der Futtermittelproduktion über Seuchengefahr, Umgang mit lebensunfähig gezüchteten Tieren bis zu den nach Afrika exportierten Resten. Um auf diese Kette von Grausamkeiten aufmerksam zu machen, ziehen die FriedensreiterInnen von Wietze (bei Celle) über Bad Bevensen nach Lüneburg. Teilnehmer mit Pferd oder Fahrrad auch für Teilstrecken bitte anmelden bei Ulrike Klausch-Zaidi: ☎ 05225-3950 oder friedensritt@wastun.org. Infos: www.friedensritt.net

Vielfalt bewahren: 25 Jahre VEN

26. Juni 2011, Witzhausen
Ab 14.00 Uhr ist Gelegenheit, alte und neue Freunde zu treffen und Ausstellungen und Infostände zu besichtigen und um 15.00 Uhr den Film „Zukunftsfelder - Philippinische Bauern im Klimawandel“ zu sehen. Vorträge und eine Talkrunde zur Geschichte und Zukunft der Kulturpflanzenvielfalt und des Vereins bilden ab 16.00 Uhr das moderierte Programm, bevor Vandana Shiva, Trägerin des alternativen Nobelpreises aus Indien, über die lebensnotwendige Bedeutung der Sortenerhaltung spricht. 14 bis 19 Uhr im Bürgerhaus Am Sande. Kontakt: Susanne Gura, Tel. 0228 9480670, Infos: www.nutzpflanzenvielfalt.de

29. Juni bis 01. Juli 2011, Loccum
Neben Fragen zu Kennzeichnung und Labels wie regional oder bio wird diskutiert, welchen Einfluss das Thema Klimawandel auf unsere Ernährungsgewohnheiten haben wird. Gibt es wirklich einen Trend zu einem neuen Vegetarismus, weil Fleisch ein Image-Problem hat? Müssen wir vielleicht sogar ganz neue Wege gehen und künftig die tierischen Proteine durch künstliche ersetzen? Ev. Akademie Loccum, ☎ 05766 81-0, Fax: -900, www.loccum.de



BAUERN - STERNAFART
NACH BERLIN 29. Mai bis 9. Juni
JA ZU ARTENVIELFALT
BAUERNHÖFEN
FAIREN - MÄRKTEN

WWW.BAUERNSTERNAFART.DE
EINE AKTION VON WWW.MEINE-LANDWIRTSCHAFT.DE

Es geht los !

Am 29. Mai in Auerberg bei Marktoberdorf im Allgäu und zeitgleich in Greetsiel in Ostfriesland. In Hessen startet die Tour am 2. Juni bei Wiesbaden und am 4. Juni in Mecklenburg-Vorpommern ab Rostock.

Anwohner, Familien, Jugendorganisationen, interessierte Bürger, von der derzeitigen Agrarpolitik Betroffene, Lebensmittelhändler, Bäuerinnen und Bauern, Imkerinnen und Imker, alle Produzenten und Verbraucher sind ausdrücklich dazu aufgerufen, sich an der Sternfahrt und den Veranstaltungen zu beteiligen !
Es können auch Teilstrecken mit dem Rad, dem Auto, der Pferdekutsche oder anderen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden.

Alle Infos, Termine und Veranstaltungen entlang der vier Routen unter: www.bauernsternfahrt.de

Um ihren Forderungen nach einer bäuerlichen, fairen, tiergerechten und ökologischen Landwirtschaftspolitik Druck zu verleihen, laden die Bäuerinnen und Bauern am 9. Juni in Berlin zur Bauerntafel vorm Kanzleramt und bitten die Bundeskanzlerin zum Tischgespräch. Seid mit dabei !

Eine Aktion der Jungen AbL und des BDM Niedersachsen im Rahmen der Kampagne „Meine Landwirtschaft – unsere Wahl“
Kontakt: Bauern-Sternfahrt: Wir haben es satt!, c/o INKOTA-netzwerk e.V., Tel: 030 4208202-59, Fax: -10, Email: info@bauernsternfahrt.de



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugengebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckhardt Niemann, Tel: 01511-1201634; mail: eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Völling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg

Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330

Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114

Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147

Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61

Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774

Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118

Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247

Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein,

Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: amkloster@t-online.de;

Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: biohof-claar@freenet.de;

Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: k.s.vetter@t-online.de;

Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: k.hellwig@web.de;

Homberg-Mü: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon:0171-8229719, e-mail: fritz_jochen@web.de

Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;

Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584

Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278

Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039

Fax: 967654

Geschäftsstelle: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.:

08679/6474, Fax: 08679/9130145, Internet: www.abl-bayern.info

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute

Gasteiger, Tel.: 08039/1635

Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel.

08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel.: 08320-512;

ablallgaeu@gmx.de

Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef

Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de

Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel: 09268-6667

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara

Greimel Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig,

Tel: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de

Thüringen: Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250;

Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 93,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 128,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 38,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 63,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____



Bäuerinnen und Bauern machen sich auf den Weg, um ihre Forderungen für eine bessere Agrarpolitik nach Berlin zu tragen. Über 300 Menschen schicken in Greetsiel, in Ostfriesland, 30 Traktoren auf den Weg in die Hauptstadt. Im Allgäu starten zeitgleich 20 Traktoren (Titelbild). Solidarisch zeigen sich die Krabbenfischer, die, wie die Milchbauern, unter monopolistischen Abnehmerstrukturen leiden. Zahlreiche Veranstaltungen entlang der Routen informieren, klären auf und sammeln Botschaften für die Kanzlerin. In Berlin treffen sich die vier Deutschland durchquerenden Routen am 9. Juni vor dem Kanzleramt zum Bauernfrühstück. Seid mit dabei!!!!

Alle Infos, Termine und Veranstaltungen entlang der vier Routen unter: www.bauernsternfahrt.de

bunabhängige **bauernstimme**: ist Reiselektüre

06/2011

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 49221